Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 M.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffrengebühr und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 120 — Mittwoch, den 4. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Ein letztes deutsches Wort zur Schuldfrage.

Gegenüber der hartnäckigen Einseitigkeit, mit der der französische Ministerpräsident in seinen jüngsten Noten die Frage der Schuld am Kriege als bereits zu unserm Ungunsten entschieden festzustellen sich bemüht hat, bemüht sich eine neue erschöpfende Darstellung, die soeben in Versailles fertiggestellt und überreicht worden ist, die Dinge noch einmal in das rechte Licht zu setzen. Verfasser dieser Denkschrift sind die zur Unterstützung des Grafen Rantzau kürzlich nach Versailles berufenen Herren, Professoren Delbrück und Max Weber, Heidelberg, ferner Graf Montgelas, sowie Herr Mendelssohn-Bartholdy. Sie haben sich ihre Aufgabe nicht leicht gemacht und stellen im ganzen den Versuch an, den voreingenommenen Gegner durch Sachlichkeit und eindringliche Darstellung des umfangreichen Materials noch mehr zu überreden als nur zu überzeugen. Mit Recht stellen sie an den Anfang die Forderung nach einer unparteiischen Untersuchung durch eine von beiden Seiten als unparteiisch anerkannte Untersuchungskommission, der sämtliche Archive zugänglich sein müßten. Die deutschen Sachverständigen scheuen sich auch nicht, von „völlig unhaltbaren Ansichten" der Gegenseite zu sprechen und geben dann in den folgenden Abschnitten ihrer Denkschrift noch einmal einen Überblick über die Ereignisse der Tage vom 26. Juli bis zum 4. August 1914. Interessant ist, daß man in einem Fall sogar telegraphisch Herrn v. Bethmann-Hollweg zum Zeugen aufruft und mit ihm den damaligen Staatssekretär v. Jagow. Ferner wird noch einmal ausdrücklich erklärt, daß der eigentliche Anlaß zum Kriege die russische allgemeine Mobilmachung war, über die der von Herrn Clemenceau angezogene Bericht der Kommission der Alliierten über die Schuldfrage mit merkwürdigem Stillschweigen hinweggeht.

Die neue deutsche Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die Berliner Regierung, der zunächst der österreichischen Absicht einer Beendigung der großserbischen Agitation entl. selbst durch einen Krieg zugestimmt hatte, nach Aussage der Akten in den Tagen vom 26. zum 29. Juli 1914 einen Meinungswechsel durchgemacht, ob er die letzten Konsequenzen nicht daraus gezogen habe. Der sechste Abschnitt der Denkschrift ist polemisch gehalten und auf die Frage gestellt: Welche Regierungen politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt hätten, die nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten? Die Antwort darauf lautet — Rußland und England, und zu ihnen gesellt sich Frankreich, das Elsaß-Lothringen wiederhaben wollte. Endlich wird noch erwähnt, daß mit der Niederwerfung des Zarismus der Krieg sinnlos geworden war. Aber für seine Fortsetzung würde die frühere deutsche Regierung nur dann verantwortlich zu machen sein, wenn der Beweis erbracht werden würde, daß die Gegner schon damals einen Frieden ohne Sieger und Besiegte beschlossen hätten. Dieser Beweis aber fehlt nach Ansicht der deutschen Sachverständigen. Und damit gelangen wir wieder an den Ausgangspunkt zurück und ja der Frage, ob sich unsere Feinde durch diese Ausführungen endlich eines Besseren belehren lassen werden.

Die deutsche Denkschrift und ihre Verfasser verfolgen einen hohen Zweck. Sie kämpfen einen schweren Kampf dagegen, daß dem deutschen Volke nach dem Willen seiner Feinde zu Unrecht eine schwere geschichtliche Schuld aufgebürdet werden soll.

Die Friedensverhandlungen.

Der Reichspräsident zu den deutschen Gegenvorschlägen.

Reichspräsident Ebert hat ein Mitglied der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" empfangen und sich diesem gegenüber über die Denkschrift ausgesprochen, die die deutschen Gegenvorschläge enthält. Der Reichspräsident machte dem Blatt zufolge folgende Ausführungen:

„Zu der Denkschrift, welche unsere Regierung soeben den feindlichen Mächten auf ihre Friedensbedingungen überreicht hat, kann ich kaum etwas hinzufügen. Die Gedankengänge darin sind so einfach und klar, die Folgerungen so scharf und aufrichtig gezogen, daß sie einer vorurteilsfreien und gerechten Aufnahme gewiß sein sollten. Ob diese Voraussetzungen bei den Gegnern vorhanden ist, wird sich jetzt zeigen müssen. Sie haben durch ihre Friedensvorschläge zweifellos die Grenzen weit überschritten, die sie sich selbst bei Eingehung des Waffenstillstandes setzten; sie versuchen, den

Gewaltfrieden

zu machen, den sie Jahre hindurch als verdammenswertes und abscheuliches Kriegsziel Deutschlands bekämpft haben. Diese Tatsache ist in der ganzen Welt, selbst in den Ländern der Entente, von allen, die sich ein ruhiges und gerechtes Urteil bewahrten, erkannt und gebrandmarkt worden, so daß sie heute schon als geschichtliches Urteil feststeht. Die feindlichen Regierungen stehen jetzt vor der Entscheidung, ob sie dieses Urteil bestehen lassen, oder die Politik wieder aufnehmen wollen, die ihnen während des Krieges die Kraft ihrer eigenen Völker und die Sympathien der meisten Neutralen erhalten und gewonnen hat. Man sollte meinen, daß Staatsmännern von Einsicht und Voraussicht die Wahl nicht schwer werden kann. Das zynische Bekenntnis zur Gewalt, daß der Friedensvorschlag der Entente zweifellos darstellt, belastet sie mit einer furchtbaren Verantwortung vor der ganzen Welt, gegen die augenblicklichen Erfolge leicht wiegen, während die Herbeiführung eines Friedens der Gerechtigkeit und Versöhnung auf jene Staatsmänner alle Ehren und allen Glanz häufen würde, welche den Vorkämpfern neuer und segensreicher Ideen in der Geschichte gebühren.

Zu der Entscheidung, die die Entente jetzt zu fällen hat und was diese für das deutsche Volk bedeutet, sagt der Reichspräsident:

„Was auch werden mag, wir dürfen den Mut und den Glauben an die Zukunft nicht sinken lassen. Erst wenn wir uns selbst verlieren, werden wir alles verloren haben. Wir erleben in dieser Hinsicht gegenwärtig Trübes, aber auch Erfreuliches. Die Reichsflucht, die sich in den Plänen und Unternehmungen einiger Abenteurer und moralisch und national verwahrloster Individuen in der Pfalz und dem Rheinland offenbart, erfüllt gewiß jeden Deutschen ohne Unterschied der Partei mit Abscheu. Erfreulich sind die entschiedenen Bekenntnisse der Bewohner der bedrohten Ostprovinzen zum Deutschtum; es offenbart sich darin die alte, zähe Kraft und das kulturelle Selbstbewußtsein dieser die preußische Staatsidee seit Jahrhunderten verkörpernden Grenzmarkenleute, die von ihren Altvordern Selbsgeschaffenes unbedingt verteidigen wollen."

„In der feindlichen Presse wird öfter die Meinung vertreten," fuhr der Reichspräsident fort, „daß bei Ablehnung der von der Entente vorgeschlagenen Friedensbedingungen das jetzige Ministerkabinett zurücktreten, und durch andere, zur Unterschrift bereite Männer ersetzt werden würde, so daß dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Übereinstimmung von Nationalversammlung und Staatenausschuß; die Nationalversammlung hat sich mit so erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen, der Staatenausschuß stellte sich einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinett das nach der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett wäre nur möglich, wenn die demokratischen Errungenschaften der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden. Diesem Verlangen der Terroristen von links und rechts wird sich aber die große Masse unseres Volkes entgegenstellen; unser Volk wird entschlossen an der Demokratie und an seiner Selbstbestimmung festhalten."

Fortsetzung des Meinungsaustausches.

Noch ehe der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge bekannt sein konnte, war der größte Teil der Pariser Presse der Meinung, daß die deutsche Denkschrift in Bausch und Bogen abgelehnt würde und die Deutschen durch ein „Ultimatum" zur Unterzeichnung gezwungen würden. Anderer Auffassung ist man in London. Man darf mit einem weiteren Meinungsaustausch rechnen. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" berichtet aus hohen britischen Kreisen in Paris, Deutschland werde den Frieden Ende des Monats unterzeichnen. Zunächst würden 10 bis 14 Tage mit dem Meinungsaustausch über gewisse deutsche Gegenvorschläge verstreichen. Erst wenn Deutschland dann noch versuchen würde, die Verhandlungen weiter zu verschleppen, wird es ein Ultimatum bis Ende des Monats erhalten. Herrs fordert in der „Victoire" nochmals die Annahme des deutschen Saarvorschlages, Vereinigung mit Deutsch-Österreich und Rückgabe der Kolonien.

Die „Chicago Tribune" berichtet, die Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain, Bonar Law, Fischer und Montaane, die in Paris eingetroffen sind, hielten mit Lloyd George eine Beratung ab. Sie unterrichteten ihn davon, daß sowohl die Liberalen wie die Arbeiterpartei Englands die Deutschland auferlegten finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen für zu hart und unausführbar halten. Die Kabinettsmitglieder sprechen sich insbesondere für eine Fixierung der Deutschland vorzuschreibenden Schadenersatzsumme aus.

Die Engländer halten Lebensmittelschiffe zurück.

Nach einer Meldung des „Manchester Guardian" sind in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festlande auslaufende Lebensmittelschiffe für die Mittelmächte zurückgehalten worden, um zunächst die Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland abzuwarten.

Schließung der Universitäten usw. verlangt.

Berlin, 2. Juni. Eine allgemeine Versammlung der Professoren und Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin beschloß, zu erklären, sie erwarte, daß die Reichsregierung zur Schließung der gesamten deutschen Universitäten und Hochschulen schreiten werde, ehe die Ehre, Kultur und Existenz des deutschen Volkes preisgegeben werde. Man sei festen Willens, alsdann mit der Waffe für das Vaterland einzutreten.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 3. Juni. (Havas.) „Echo de Paris" versichert, daß die Antwort im Namen der Alliierten dem Grafen Brockdorff durch Clemenceau am Freitag überreicht werden wird. Sie wird, wie man sagt, eine begründete Zurückweisung enthalten, nach welcher Deutschland die Bedingungen der Entente vor dem 15. Juni anzunehmen hat.

Übergabe des Friedensentwurfes an die österreichischen Delegierten.

Reuter meldet aus Paris: Den österreichischen Bevollmächtigten in Saint-Germain wurden die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte mit Ausnahme der militärischen, der Wiedergutmachungs-, der finanziellen und gewisser Grenzklauseln überreicht. Die erwähnten Klauseln, die noch nicht zur Überreichung bereit sind, werden sobald wie möglich ausgehändigt. Die Österreicher werden inzwischen Gelegenheit haben, mit ihrer Arbeit an dem größten Teil des Vertrages anzufangen. Der österreichische Vertrag folgt genau den Umrissen des deutschen und ist an vielen Stellen bis auf die Änderung des Namens mit dem deutschen identisch. „Österreich" — der Ausdruck Deutsch-Österreich wird vermieden — wird durch den Vertrag ein Staat von etwa sechs Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50 000—60 000 Quadratmeilen bevölkern. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns, der Tschecho-Slowakei und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates an, und tritt andere Gebiete, die früher mit ihm zusammen das österreichisch-ungarische Kaiserreich bildeten, ab. Österreich stimmt dem Völkerbundvertrag zu und erklärt sich bereit, die Arbeitercharta anzuerkennen, auf alle seine außereuropäischen Rechte zu verzichten, seine gesamten maritimen und Luftstreitkräfte abzurüsten, den alliierten und assoziierten Mächten das Recht zur gerichtlichen Verfolgung derjenigen seiner Untertanen zuzugestehen, die sich einer Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig gemacht haben, und die detaillierten Bestimmungen über die Beziehungen und die Freiheit des Transitverkehrs ähnlich denen im deutschen Vertrage anzunehmen. Der erste Abschnitt des von Reuter gemeldeten Auszuges entspricht den Völkerbundvertrag, der 12. den Arbeitervertrag. Beide sind mit den betreffenden Abschnitten im deutschen Vertrag identisch. Dasselbe gilt von Abschnitt 6, der von den Kriegsgefangenen und den Gräbern, und von Abschnitt 10, der von der Luftschiffahrt handelt. Desgleichen ist Abschnitt 13 des deutschen Vertrages, der die Grundlinien für die Durchführung enthält, in den österreichischen Vertrag eingeschlossen. Abschnitt 2 behandelt die Grenzen. Die Nordgrenze mit der Tschecho-Slowakei folgt den alten administrativen Grenzen, die die Provinzen Böhmen und Mähren von Ober- und Unterösterreich trennten, mit einigen kleinen Abweichungen, vor allem in der Gegend von Gmünd, Feldberg und längs des Moravaflusses. Die Südgrenze mit Italien und dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate soll später von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festgesetzt werden. Im Osten geht die Grenzlinie nordöstlich Bleiburg und überschreitet die Drau knapp oberhalb von Lavamz.

Die Umtriebe im Rheinland.

Die „Ausrufung" der rheinischen Republik.

Der Aufruf, der in Mainz und Wiesbaden am Sonntag angeschlagen worden ist und die Ausrufung der rheinischen Republik verkündet, ist schon dadurch gekennzeichnet, daß seine Urheber mit ihren Namen nicht hervortreten wagen. Ein letzter Rest von Schamgefühl scheint diese trüben Gestalten an der Vollendung der eigenen Bloßstellung gehindert zu haben. Über ihre im übrigen höchst eigensüchtigen Motive läßt der Aufruf keinen Zweifel. Er gipfelt in dem Satze, daß der Friedensschluß eine „furchtbare Belastung des deutschen Volkes" bringen werde. Die sauberen Drahtzieher der rheinischen Republik möchten sich und die von ihnen errafften Kriegsgewinne natürlich vor einem Anteil an dieser Belastung in Sicherheit bringen.

Der bessere Teil der rheinischen Bevölkerung — und dies ist der weitaus überwiegende Teil — wendet sich von diesem hochverräterischen Treiben entschieden ab. So hat am Sonntag die Bevölkerung von Köln in machtvollen Kundgebungen im „Reichshallen-Theater" ihrer Entrüstung über die Loslösungsbestrebungen vom Reiche Ausdruck verliehen. Mit Empörung wurden alle Versuche, die das Rheinland von Preußen oder gar vom Reiche trennen sollten, als Landesverrat zurückgewiesen.

Marschall Foch ist natürlich über die ganze Abfallsbewegung hocherfreut. Er hat auf die Beschwerde der deutschen Waffenstillstandskommission über die vertragswidrigen politischen Eingriffe der französischen militärischen Behörden in der Pfalz folgende Antwort erteilt: Während der ganzen Dauer des Kriegszustandes hätten allein die militärischen Behörden die Befugnis, zu beurteilen, ob die Treibereien der deutschen Zivilbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht. Infolgedessen kann der Einspruch der deutschen Waffenstillstandskommission nicht entgegengenommen werden.

Neueste Nachrichten.

Vor der Entscheidung.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die deutsche Delegation weiß noch nicht, wann die deutsche Denkschrift beantwortet wird, doch glauben einige Delegierte, daß die Antwort Ende dieser Woche vorliegt. Es sei dies jedoch nur eine Vermutung.

Zugeständnisse der Entente?

Haag, 3. Juni. (Priv.-Tel.) „Chicago Tribun" läßt sich aus Paris melden, daß der Viererrat geneigt sei, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Wilson sei für größere, Clemenceau für kleinere Abänderungen. Italien wünscht baldigst mit Deutschland und den Nachbarländern Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. In England scheinen die radikalen Kreise an Einfluß zu gewinnen, so daß man auch dort für Milderung der Bedingungen geneigt sei.

Köln, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg." meldet ebenfalls, daß der Rat der Vier zu Abänderungen des Friedensentwurfes bereit sei, um dadurch den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Clemenceau habe Bedenken zur Zulassung Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes geltend gemacht.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Der Viererrat wird sich heute nachmittag mit den deutschen Gegenvorschlägen befassen und über die Antwort beraten.

Die Uebergabe des Friedensentwurfs an Oesterreich.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Bei der Überreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hielt Clemenceau eine kurze Ansprache. Staatskanzler Renner erwiderte auf französisch: „Die Habsburger Dynastie existiert seit dem 12. November 1918 nicht mehr". Renner hob hervor, daß die Republik Österreich an dem Unglück keine Schuld habe, wolle aber, wie auch die übrigen beteiligten Staaten seinen Teil an der Verantwortung tragen. Renner gab in seinen weiteren Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die alliierten Bevollmächtigten für Schiedsrichteramt im Interesse der ganzen Welt gut verwalten und einen Frieden geben mögen, der das Leben und den dauernden Frieden sichert.

Staatskanzler soll zur Prüfung der Friedensbedingungen 15 Tage zugebilligt sein.

Staatskanzler Renner fährt heute mit den Friedensbedingungen nach Wien.

Bedeutsame Besetzung hoher Aemter.

Berlin, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Wie die „Germania" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist Geheimrat Brugger aus dem Kultusministerium zum Regierungspräsidenten in Koblenz und Ober-Regierungsrat Fuchs zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt. Beide sind katholisch und gehörten dem Zentrum an. Es ist in Erwägung gezogen, den bekannten Zentrumsführer Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.

Eine neue Tat der Streiter für Freiheit und Recht.

Berlin, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Wie der Präsident der Preuß. Landesversammlung mitteilte, wurde der Führer der Mainzer Sozialdemokratie, der Abg. Adelung in Mainz wegen Aufreizung zum Streik von den französischen Behörden verhaftet.

400 000 Streikende in Frankreich.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Auch die Pariser Brauereien und Flugzeugarbeiter haben sich dem Streik der Metallarbeiter angeschlossen, so daß sich 350 000 Arbeiter im Ausstand befinden.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Zahl der streikenden Bergarbeiter im Departement Pas de Calais ist weiter gestiegen und beträgt heute 48 550.

Der Siegeszug der Demokratie.

Amsterdam, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) „Times" meldet aus Madrid, daß die spanischen Wahlen mit einem großen Sieg der Republikaner geendet haben.

Ungarischer Kriegsbericht.

Budapest, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Ung. Korresp.-Büro meldet: Unsere Budapester Truppen sind nach vorherriger artilleristischer Vorbereitung über die Theiß vorgedrungen und haben die Rumänen geschlagen. Durch diesen Vorstoß ist die Verbindung der Rumänen und Tschechen unterbunden.

Es verlohnt sich nicht das Eingehen auf diese Antwort, schreibt die „Frankf. Ztg." hierzu. Es genügt die Tatsache festzustellen, daß das militärische Oberkommando der Entente sich offiziell hinter die ganze annexionistische Wühlarbeit des Generals Gerard in der Pfalz stellt. Minister Erzberger wird noch einmal Verwahrung dagegen einlegen.

Den besten Beweis dafür, wie die Hochverräter am Rhein der Entente in die Hände arbeiten, liefert folgende Meldung aus Bern:

Der Abgeordnete Brousse enthüllt im „Journal" die wahren Absichten Frankreichs hinsichtlich der Rheinprovinz, denen der Separatismus des Kölner Rätenestes in gewinnender Weise entgegenkommt. Die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Rheinlandes sollen unter Beibehaltung des Ausfuhrverbotes nach dem rechten Rheinufer politisch und ganz Frankreich nutzbar gemacht werden. Französische Banken und Konsortien sollen errichtet werden. Nach 15jähriger Besetzungsdauer erwartet Frankreich sein Ziel erreicht zu haben. Eine parlamentarische Kommission soll zur Vorbereitung dieser Maßregeln baldigst das Saarbecken und die Rheinprovinz bereisen.

Aber von Berlin aus ist bereits ein kalter Wasserstrahl gegen die erhitzten und derauschten Franzosenlinge ergossen. Von amtlicher Stelle wird nämlich folgende Erklärung gegen die Verbreiter der berüchtigten „Plakate" veröffentlicht:

Es handelt sich hier offenbar um einen überrumpelungsversuch gegenüber der Volksstimmung, nachdem die geplante „Ausrufung" der neuen Republik mißlungen ist. Am bezeichnendsten ist, daß unter der Proklamation kein einziger Name steht. Die Reichsregierung hält unbedingt an der Vereinbarung mit den rheinischen Abgeordneten fest. Für die gesetzliche verfassunggebende Versammlung, deren Zusammensetzung der Anfruf klärlich verschweigt. Die Landes- und Kommunalbehörden empfangen nach wie vor ihre Weisungen von ihren Landesregierungen, denen sie allein verantwortlich sind und bleiben. Die Reichsregierung erwartet von ihnen, in dieser schwersten Stunde gerade jetzt für die gesamte Bevölkerung unentbehrlichen Beruhigungs-Vorposten und Vorbilder der Reichstreue sein müssen.

Der Gipfel der Unverschämtheit.

Der Ministerpräsident Scheidemann hat aus Mainz von dem bereits mehrfach genannten Dr. Dorten folgende Depesche erhalten:

„Herr Ministerpräsident! Im Auftrage der vorläufigen Regierung der rheinischen Republik habe ich den Herrn Reichspräsidenten von der heute erfolgten Proklamation der rheinischen Republik im Verbande des Deutschen Reiches und von unseren Beweggründen in Kenntnis gesetzt. Damit unter aller Wunsch, den Weg zum Völkerfrieden und zur Völkerversöhnung zu ebnen, sofort offenbar wird, habe ich dem Herrn Präsidenten der Friedenskonferenz in Versailles und den Staatsoberhäuptern der okkupierenden Mächte durch die oberste Besatzungsbehörde die erfolgte Proklamation notifiziert und gleichzeitig die Erlaubnis zur sofortigen Vornahme der Wahlen zur rheinischen Landesversammlung sowie die Zulassung von Vertretern der Regierung zur Friedenskonferenz beantragt. Ich richte hiermit an Sie, Herr Ministerpräsident, den gleichen Antrag und die Bitte, unser Zusammenwirken mit den deutschen Friedensdelegierten gewähren zu wollen. (gez.) Dr. Dorten.

Die Reichsregierung hat auf dieses, in seiner Unverschämtheit in der Weltgeschichte wohl einzig dastehende Telegramm des Herrn Staatsanwalts Dorten die einzig richtige

Antwort

erteilt, indem sie folgende Erklärung veröffentlichte:

In Wiesbaden hat sich eine sogenannte „Regierung" der rheinischen Republik gebildet. Landsfremde haben sich unter dem Schutze der Okkupation zur Führung des Abenteuers gedrängt. Ihr Auftrag hat keinen Widerhall gefunden, ihre Manöveranschläge hat die Bevölkerung der betreffenden Gebiete abgerissen. Die Reichsregierung hat für diese reichszerstörenden Bestrebungen nur eine Antwort: sie hat den Oberreichsanwalt angewiesen, gegen Herrn Dorten und die übrigen Mitglieder der sogenannten Regierung der rheinischen Republik das Verfahren wegen Hochverrates zu eröffnen. Alle Amtshandlungen der sogenannten Regierung des Herrn Dr. Dorten sind null und nichtig. Die Bevölkerung hat ihre Anordnungen nicht zu beachten. Die bisherige Landesregierung und Landesbehörden sind nach wie vor die Träger der einzig rechtmäßigen Gewalt.

Eine Entschließung der rheinischen Abgeordneten.

Die in den besetzten westlichen Gebieten gewählten Abgeordneten der preußischen Landesversammlung nahmen am Montag zur Ausrufung der sogenannten rheinischen Republik Stellung. Den Verhandlungen wohnten die zuständigen Minister Preußens und der Reichsregierung bei. Einstimmig wurde von den Versammelten folgende Entschließung angenommen:

„Deutsche vom Rhein! Wir, die Abgeordneten der rheinischen Lande zur Deutschen Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung erheben Protest gegen die Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland. Im besetzten Gebiet hat das Volk selbst nicht die Möglichkeit zu ungehemmtem Meinungsausdruck. Deshalb erheben wir, eure berufenen Vertreter, unsere Stimme und weisen die Machenschaften herer zurück, die in vollem Gegensatz zum Willen des gesamten rheinischen Volkes sich an den fremden Machthaber wenden, um seine Hilfe gegen das deutsche Vaterland zu erbitten. Nur völliger Mangel an nationalem Gefühl kann ein so schmachvolles Komplott erklären. In dieser Zeit allgemeinen Unglücks ist es die Pflicht jedes Deutschen, seinem Volk und Vaterland die Treue zu halten, statt das Unheil durch die Zertrümmerung der vorhandenen staatlichen Organisation noch zu verschlimmern. Jeder Teil des deutschen Volkes wird im Rahmen der neuen Verfassung zu seinem Rechte kommen und seine Sonderart in Freiheit pflegen können. Dazu bedarf es keiner verräterischen Umtriebe. Keine Regierung kann es dulden, daß ihre Volksgenossen während schwebender Friedensverhandlungen von amtlichen Vertretern des Gegners beim Abfall unterstützt werden. Der Geist des Vertrauens, ohne den Friedensverhandlungen nicht geführt werden können, muß dadurch getötet werden. Dem rheinischen Volk aber rufen wir zu: Bewahret Festigkeit, Einheit und deutsche Treue!"

Die Franzosen am Werke.

Die Mainzer Zeitungen wurden durch die offiziöseste Macht gezwungen, im Anschluß an die bereits bekannte Proklamation der sogenannten Rheinischen Republik die nachstehende Kundgebung zu veröffentlichen:

„Die Rheinische Republik ist ausgerufen. Die Not der Stunde hat dazu getrieben. Berlin hat unter der neuen Regierung genau so wenig Verständnis gezeigt, wie unter der alten. Ja, es hat das Rheinland in seiner schwersten Stunde völlig verlassen. Mußte doch in den letzten Tagen die „Frankfurter Zeitung" an der Spitze ihres Leitartikels angeben, daß man sich im unbesetzten Gebiet nicht um das Rheinland gekümmert habe. Diese Willensäußerung des rheinischen Volkes wurde brutal niedergeknüppelt. Sachsen und Württemberg hielten es für angebracht, über das Schicksal des rheinischen Volkes mit zu entscheiden. Auch die offiziell gewählten Vertreter des rheinischen Volkes haben versagt, obwohl sie genau wissen mußten, daß ihre Meinungen und Wünsche nicht übereinstimmend waren mit der überwältigenden Mehrheit des rheinischen Volkes, zum mindesten aber nicht mit einem der geborenen Rheinländer. Ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen haben diese Parteipolitiker in Verblendung oder aus taktischen Rücksichten gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes die ablehnende oder ablehnende Stellung eingenommen. Wie haben wir unter der unnatürlichen Grenzfestsetzung des Wiener Kongresses gelitten. Wie hat auch Mainz darunter gelitten, daß es dem ihm feindseligen Hessen, für das es immer nur Ausbeutungsobjekt war, verschachert wurde, ohne daß man die Bevölkerung um ihren Willen befragte. Wie hat Mainz darunter gelitten, daß der mit uns verbündete Rheingau künstlich durch Preußen von ihr abgeschnitten wurde. Wie hat die Pfalz darunter gelitten, daß sie ihr natürliches Hinterland verloren hatte. In keiner Stadt des rheinischen Landes als hier, wo nicht weniger als vier verschiedener Staaten Grenzen wenige Stunden weit von einander entfernt sind, hat man die Unerträglichkeiten dieses Zustandes schwer empfunden, schwerer, seitdem die feindliche Besetzung weitere Hindernisse im Verkehr und Verwaltung brachte. Aber weder Berlin noch München noch Darmstadt haben hierfür irgendetwas begreifen können. Nun sind die Grenzpfähle zwischen den zusammengehörenden und auseinander angewiesenen Gebietsteilen gefällt. Ein Jahrtausende hindurch miteinander verbundene Gebiete, die eine Politik einer unhaltbaren vergangenen Zeit durch künstliche Schranken trennte, sind wieder vereinigt zu ihrem Heil. Wir brauchen unsern Lesern nicht zu sagen, welche Vorteile der Wegfall der Grenzpfähle für Mainz besonders hat. Jeder Mensch, der seine Vaterstadt liebt, wird die Auflösung der Republik als eine Erlösung empfinden. Es lebe die Rheinische Republik!"

Politischer Abwehrstreik in Wiesbaden und Mainz.

Wiesbaden, 2. Juni. Heute vormittag um 10 Uhr sollte in Mainz und Wiesbaden die ganze Bevölkerung in einen 24stündigen Abwehrstreik gegen den Putschversuch der rheinischen Sonderbündler eintreten. In Wiesbaden sind Handzettel verteilt worden, die folgenden Inhalt haben: „Gegen die Pfaffenrepublik! Bürger, Arbeiter, Beamte und Angestellte! Ohne Bissen und Bollen der Bevölkerung hat eine Handvoll Unzufriedener eine Pfaffenrepublik ausgerufen. Die einzige Abwehr dagegen ist der Generalstreik. Der Streik dauert genau 24 Stunden, Tag und Stunde des Beginns werden sich deutlich bemerkbar machen. Arbeiter! Verlaßt dann sofort die Fabriken und Werkstätten. Kaufleute! Schließt sofort Eure Läden. Beamte und Angestellte! Verlaßt die Büros und Ämter. Alle Gastwirte sind gesehen zu halten. Eltern, sind Eure Kindern, daß sie sofort die Schule verlassen und nach Hause gehen. Sie sind dort am besten aufgehoben. Keiner mache eine Ausnahme. Bewahrt Ruhe und Ordnung. Niemand gehe auf die Straße. Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr."

Die städtische und private Arbeiterschaft hat dem Streikruf auch Folge geleistet. Die französischen Besatzungsbehörden griffen aber sofort prompt ein und verhafteten die sozialistischen Führer.

Mannheim, 2. Juni. In Ludwigshafen veranstaltete heute die Arbeiterschaft aller Großbetriebe Kundgebungen gegen die Ausrufung der unabhängigen Republik der Pfalz und trat darauf in den Generalstreik ein.

Die Ausweisung Winterfeins aus der Pfalz bestätigt.

Die bayerische Regierung in Bamberg bestätigt die Nachricht, daß der bayerische Regierungspräsident der Rheinpfalz von Winterstein aus der Pfalz ausgewiesen worden ist.

*

Auch Bulgarien wird vergewaltigt.

Amsterdam, 2. Juni. Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge meldet der Pariser Korrespondent des „Daily Herald", er habe von maßgebender Seite erfahren, daß die Arbeiten zu dem Konzept des Friedensvertrages mit Bulgarien gut vorwärts schreiten. Der Vertrag ist jetzt so weit fertiggestellt, um vom Rat der Vier erwogen zu werden. Die Bestimmungen lauten u. a.: Die Bulgaren treten das gesamte Küstengebiet am Ägäischen Meer, welches Bulgarien nach dem Balkankrieg annektiert hat, an Griechenland ab. Griechenland erhält auch Rhrianopel und einen Teil der Gebiete in Thrazien. Die gesamte Küste des Marmorameeres und die Halbinsel Gallipoli werden weiterhin zu Konstantinopel gehören. Die Bulgaren erhalten einen Freihafen im Ägäischen Meer, und zwar entweder Saloniki, Kawala oder Dedeagatsch nach ihrer freien Wahl. Die Gebiete, die auf diese Weise an Griechenland fallen, sind überwiegend türkisch.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 31. Mai.

Am Ministertische Fischbeck.

Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12,20 Uhr. Zur Beratung steht ein Antrag der Sozialdemokraten auf gesetzliche Verankerung des Gemeindewahlrechts in der Provinz Hannover nach Maßgabe der Verordnungen von 1919. Der Antrag geht an die Gemeindekommission, nachdem Unterstaatssekretär Dr. Meyer erklärt hat, daß die Regierung in kürzester Zeit einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen werde. Auf die förmliche Anfrage der Rechten betreffend die deutschen Gegenvorschläge zu den Friedensbedingungen erklärt Unterstaatssekretär Göhre, der volle Wortlaut der deutschen Gegenvorschläge werde der Landesversammlung voraussichtlich spätestens am Mittwoch zugehen, und die Regierung sei bereit, dem Hause auf Anfrage nähere Auskünfte über die den preußischen Staat betreffenden Vorschläge zu erteilen, soweit die politischen Verhältnisse es gestatten. Die Anfrage wird am Mittwoch nochmals auf die Tagesordnung kommen.

In Fortsetzung der Besprechung der förmlichen Anfrage über die Bergarbeiter und die Neuordnung des Knappschaftswesens bittet

Abg. Schwarz (Soz.), die erforderliche Reform nicht auf die lange Bank zu schieben.

Abg. Ommert (Dem.): Der Vorredner hat die Zeit der Versammlung ungebührlich in Anspruch genommen. Auch der Arbeiter muß einmal daran denken, seine Sonderwünsche zugunsten der Notwendigkeiten für die Gesamtheit zurückstellen. Jetzt ist es nicht Zeit, Agitationsreden zu halten.

Abg. Rippel (Dn.): Wenn der uns vom Feinde auferlegte Friedensvertrag angenommen wird, dann wird uns der reale Unterwurf für weitsichtige Sozialreform fehlen. Aber es darf keinen Stillstand geben.

Abg. Degebar (D. Vpt.): Die Arbeitszeit im Bergbau wird nur international geregelt werden können.

Abg. Winbau (U. S.) spricht ausführlich über den Bergarbeiterausstand im Mitteldeutschland und führt Beschwerde über die Auflösung des Bezirksbergarbeiterrats in Halle.

Handelsminister Fischbeck: Der Bezirksbergarbeiterrat, der das Oberbergamt kontrollieren sollte, hat sich in jeder Weise Übergriffe erlaubt. Er erließ Verfügungen gegen Regierungsverordnungen und drohte sogar, von der Regierung ausgeschriebene Wahlen mit Gewalt zu verhindern. (Hört, hört!) Um seinen Glanz zu erhöhen, umgab er sich mit einer Matrosenwache. Schließlich zettelte er einen Streik an, um die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen. Dieser Rat, der in einem Regierungsgebäude saß und von der Allgemeinheit bezahlt wurde, richtete an die Sowjetregierung in München. Der Begrüßungstelegramm an die Sowjetregierung in München. Der Artikel konnte sich die Regierung nicht gefallen lassen. Wir würden sonst mit offenen Augen der Anarchie zutreiben. (Beifall.)

Der 70. Bericht des Staatsschuldenausschusses geht an den Rechnungsausschuß. Es folgt eine förmliche Anfrage der Deutschnationalen über die Zerrüttung des Transportwesens.

Abg. Graich (Nat.): Durch die Lokomotiven- und Wagenablieferung ist unseren Transportwesen geradezu der Todesstoß versetzt worden. Die Folge dieses übereilten Versprechens bei den Waffenstillstandsverhandlungen sollten uns besonders angesichts der Qualitätsbemängelungen der Entente eine Lehre für den Friedensvertrag sein. Die überteuerten Lohnforderungen der Eisenbahner haben die Schwierigkeiten noch vermehrt. Den von den Polen erhobenen Forderungen auf Abtretung von rollendem Material muß sich die Regierung mit größter Energie widersetzen.

Abg. Neumann-Magdeburg (Soz.) begründet eine den gleichen Gegenstand betreffende Anfrage seiner Partei: Um zur Besserung der jetzigen Zustände zu kommen, müssen wir vor allem besseres Material für den Lokomotivbau bekommen. Auch muß der Olmangel behoben werden.

Eisenbahnminister Dr. Oeser: Die Verhältnisse bei der Eisenbahn sind in der Tat außerordentlich ernst. Wir haben jetzt einen Betriebskoeffizienten von 129,90, das heißt die Ausgaben sind um 30 Prozent über die Einnahmen hinausgewachsen. (Hört, hört!) Nach dem neuen Etat wird ein Zuschuß von 700 Millionen Mark erforderlich sein. (Hört, hört!) Ich wäre glücklich, wenn wir dieses Ergebnis erreichen könnten auf Grund der Tariferhöhungen. Das Jahr läuft sich aber schlecht an. Der April ist ein außerordentlich ungünstiger Monat. Wenn das so weiter geht, brauchen wir im Laufe des Jahres einen Zuschuß von 1000 Millionen Mark. (Lebhaftes Hört, hört!) Mit dem vorhergehenden Jahre zusammen würden wir die furchtbare erschreckende Zahl erhalten, daß wir für die Eisenbahnen in 2 Jahren fünf Milliarden Zuschuß brauchen. (Lebhaftes Hört, hört! und Bewegung.) Das sind 25 Prozent mehr als die französische Kriegsentschädigung von 1871 betrug. (Andauernde Bewegung und Rufe rechts: Der Segen der Revolution!) Diese Zurufe sind ungerecht, denn die Verhältnisse haben sich schon vor der Revolution entwickelt. Wenn die Verhältnisse gesunden sollen, so muß ich oft hart sein. Ich kenne die schwierigen Lebensverhältnisse, aber eine Erhöhung der Gehälter ist nicht möglich, weil der Finanzminister kein Geld mehr zur Verfügung stellen kann. Das einzige Mittel ist eine Senkung der Preise durch Zufuhren aus dem Auslande. Die Streiks haben uns immer mehr heruntergewirtschaftet. Es fehlt uns an Lokomotiven, und an Personenwagen stehen uns nur noch 17 000 leistungsfähige zur Verfügung. (Lebhaftes Hört, hört!) Unser Eisenbahnwesen gehört als sozialisierter Betrieb dem ganzen Volke, aber es scheint mir, als habe das Volk in den letzten Monaten dieses Besitzrecht eigentümlich ausgelegt, indem es aus den Güterwagen alles entfernt, was nicht niet- und nagelfest ist. (Große Heiterkeit.) Aber nicht bloß alles mitnimmt, sondern auch mit dem Material ganz schmachvoll umgeht und ohne jede Beanlassung die Wagen in einen unbeschreiblichen Zustand versetzt. Auch unter Kriegsbeschädigten sollte mehr Rücksicht genommen werden. Soweit wir konnten, sind besondere Abteilungen für sie eingerichtet worden. Es ist ein schmerzlicher Gedanke, daß mancher Schieber und Wucherer, der nie an der Front gewesen ist, sich einen Platz zu verschaffen weiß, während der, der auch für ihn mitgeblutet hat, bei diesen Elementen nicht einmal so viel Rücksicht findet, daß ihm ein Platz eingeräumt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Tage übersandte mir die Eisenbahndirektion einen dicken Band voll gefälschter Erlaubnisscheine. Von morgen ab werde ich die Fahrerlaubnis beseitigen, von morgen ab werden wieder 42 Prozent der Züge fahren. Voraussetzung für alle Verbesserungen ist aber, daß in den Werkstätten regulär gearbeitet wird. Ich hoffe aber, daß auch die Arbeiterschaft, deren Mitleid mir sehr willkommen ist, ihre Pflichten voll erfüllen wird. (Beifall.)

Hierauf wird die Fortsetzung der Beratung auf Montag, 12 Uhr, vertagt. — Schluß 5 Uhr.

Berlin, 2. Juni.

Am Ministertische: Hirsch, Haenisch, Stegerwald, Oeser u. a. Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 25 Min. Fortsetzung der

Besprechung über den Eisenbahnverkehr.

Abg. Kopsch (Dem.): Die Verteuerung der Fahrkarten ist für das minderbemittelte Volk eine empfindliche Belastung. Der Redner fordert unter anderem die Vermehrung der Schnellzüge.

Abg. Kähler (Dn.) fordert Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft.

Abg. Schmedding (Ztr.) hofft, daß nach den Erklärungen des Ministers alles geschehen wird, um wieder zu besseren Verkehrsverhältnissen zu kommen.

Abg. Mehrhof (U. S.): Im Zeichen der Demokratie stürbe es, wenn nur eine Wagenklasse in den Personenzügen geführt würde.

Minister Oeser: Die vorgebrachten Wünsche werden sorgfältig geprüft werden. Die Vermehrung der Schnellzüge ist schon angeordnet worden. In der französischen Presse ist mitgeteilt worden, daß ein Teil der Lokomotiven, sobald die Frage der Bezahlung akut wird, zurückgegeben werden soll. Es soll sich um 1000 bis 2000 Lokomotiven handeln. Natürlich wird uns die Rückgabe sehr erwünscht sein. Über wie werden die Lokomotiven nur zurückerhalten, wie sie hergegeben worden sind.

Es folgt eine förmliche Anfrage der Deutschen Volkspartei, ob die Zeitungsnachricht sich bewahrheite, daß

ein Schulbüchermonopol

eingeführt werden soll.

Abg. Dr. Weelth (D. Vpt.): Vor allem sprechen wissenschaftliche Bedenken gegen das Monopol. Nirgends sind die Schulbücher schlechter als in Österreich, wo man ja das Monopol hat.

Unterrichtsminister Haenisch: Der Gedanke der Schulbüchermonopolisierung ist ernsterer Erwägung wert. Seiner Verwirklichung stehen aber zurzeit noch große Hemmungen entgegen. Wir werden einen freien Ausschuß hervorragender Pädagogen aller Richtungen einberufen, der alle zurzeit benutzten Schulbücher gründlich nachprüfen wird.

Abg. Wildermann (Ztr.): Meine Partei hat die größten Bedenken gegen ein Schulbüchermonopol.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Ich würde mich freuen, wenn der Gedanke der Sozialisierung des Schulbüchermesens bei uns rasche Fortschritte machte.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Es handelt sich nicht darum, ob der Profit der Verlagsbuchhändler geschmälert wird, sondern darum, was der Gesamtheit zuträglich ist.

Abg. Rippel (Dn.): Die Schulbücherfreiheit ist ein Teil der Geistesfreiheit, die sich jedes Volk bewahren muß, wenn es sich nicht selbst aufgeben will.

Abg. Frau Pöhlmann (D. Vpt.): In der Monopolisierung der Schulbücher liegt eine große Gefahr für den Buchhandel sowie für das Geistesleben.

Abg. Degenhardt (Dem.): Auch in dieser Frage muß Freiheit in weitestem Umfange obersten Gesetz sein. Ich warne dringend, daß die vom Minister angekündigte Kommission aus Mitgliedern aller Fraktionen zusammengesetzt wird. Dies ist keine Frage der politischen Fraktionen, sondern eine der pädagogischen Wissenschaft, auf die wir in Deutschland stolz sind. Möge der Minister neue Rückblicken für die Pädagogik herausgeben, die uns seit 1900 fehlen. Möge er damit beschäftigen wirken auf die Lehrerschaft, die jetzt an der Heranbildung des künftigen Geschlechts wirkt.

Die Aussprache schließt. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Kleine Anfragen, Vorlage betreffend Staffelung der Einkommensteuer. Schluß gegen 3¼ Uhr.

Provinz und Umgegend.

† Meuselwitz 2. Juni. Die Arbeiterräte und Arbeiterausschüsse des Meuselwitzer Kohlenreviers hielten hier eine Sitzung ab. Der Vorsitzende Thieme gab bekannt, daß die Arbeiterausschüsse nunmehr endgültig Beschluß zu fassen hätten über das schon in der letzten Sitzung bekanntgegebene Aktionsprogramm der großthüringischen Arbeiterschaft und verbreitete sich eingehend über dieses Programm. Meinungsbringerweise tritt Herr Thieme sehr warm für das Aktionsprogramm ein, während er selbst auf der Erfurter Konferenz dagegen stimmte. Die Versammlung nahm auch in der letzten Ausschußsitzung nicht für dasselbe eingetreten war. Scheinbar ist aber in der letzten Zeit innerhalb der Bergarbeiterschaft ein merkbarer Ruck nach links erfolgt, und die Führer haben daraus ihre Konsequenzen gezogen. In geheimer Abstimmung wurde das Aktionsprogramm mit 190 gegen 22 Stimmen angenommen.

† Darmbach, 2. Juni. Großfeuer zerstörte in Brunnrodtshausen die Anwesen des Bürgermeisters Bräutigam, des Landwirts Franz Bräutigam und des Landwirts Emil Hehl. Der Schaden ist beträchtlich. Sämtliche Futtervorräte sind vernichtet, auch landwirtschaftliche Geräte aller Art, sowie zwei Schweine, Hühner und Gänse sind ein Raub der Flammen geworden.

† Erfurt, 2. Juni. Ein Konferenz der Arbeiterräte für Groß-Thüringen findet am 6. und 7. Juni in Erfurt statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Die Vereinigung aller Arbeiterräte in Groß-Thüringen und die Aufgaben derselben im Reich, Staat und Gemeinde. 2. Stellungnahme zu den Ernährungsfragen. Das Ernährungsamt Groß-Thüringen. 3. Konsumvereine und Sozialisierung. 4. Mitarbeit bei der Schaffung von Groß-Thüringen. 5. Die Wohnungsfrage. 6. Das System der Freiwilligenverbände. 7. Verschiedenes.

† Eisleben, 2. Juni. Das seit dem Jahre 1912 beim hiesigen Amtsgericht anhängige Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Groß-Oberminder Kohlenbauverein, Aktiengesellschaft in Eisleben, in Liquidation ist jetzt beendet. Infolge Verkaufs von Grundstücken und Maschinen konnten den sämtlichen Gläubigern 100 Prozent ihrer Forderungen ausgezahlt werden.

Merseburg und Umgegend.

3. Juni.

** Oberpräsident von der Schulenburg ist mit 1. Juli zur Disposition gestellt worden. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt. Reichsfinanzminister a. D. Schiffer hat das ihm angetragene Amt abgelehnt.

** Ein provisorisches Schutzzeug für Entlassene. Eine Verfügung des Kriegsministeriums vom 13. März 1919 hat bestimmt, daß allen am 9. November 1918 oder später ordnungsmäßig aus dem Heeresdienst entlassenen Unteroffizieren und Mannschaften im Bedarfsfalle orthopädische Stiefel unentgeltlich zu verabfolgen sind.

** Fernsprechfernleitung nach Berlin. Die Reichspostverwaltung will Ende des Sommers eine unterirdische Fernsprech- und Telegraphenleitung von Berlin über Halle und Erfurt nach Frankfurt a. M. bauen lassen. Es sollen künftig dadurch die zahlreichen Störungen durch Witterungseinflüsse vermieden werden. Während die Fernsprechkabel im freien Gelände einfach in die Erde gelegt werden, müssen bei den Rohrleitungen die Elementröhren verwandt, die man so aneinander legt, daß von besonderen Einsteigschächten aus neue Kabelstränge durch die Kabelröhren geschoben werden können, ohne daß die Straßen neu aufgegraben werden müssen. Die unterirdischen Fernleitungen werden, wenn irgend möglich, an der Eisenbahnstrecke entlang geführt. In einigen Städten sind bereits bauliche Vorbereitungen dazu im Gange.

** Die Gemeindezuschläge zur staatlichen Einkommensteuer. In Ausführung eines Beschlusses der Gemeindekommission der preußischen Landesversammlung unterbreitet die preußische Regierung der Landesversammlung einen Gesetzentwurf, der den Gemeinden das Recht gibt, die Zuschläge der staatlichen Einkommensteuer bei Einkommen unter 3000 M begreiflich gestalten und den dadurch entstehenden Ausfall durch höhere Zuschläge bei Einkommen von mehr als 5000 M wieder wettzumachen.

** Anträge auf bevorzugte Rückbeförderung deutscher Kriegsgefangener eben jetzt vielfach den zuständigen Stellen zu; wie man uns mitteilt, kann diesen Anträgen nicht stattgegeben werden. Die Rückkehr der Kriegsgefangenen läßt sich zurzeit noch nicht bestimmen und hängt von den Friedensbedingungen ab.

** 50 Gramm Butter gelangen in der laufenden Woche zur Ausgabe. Vergl. Anzeige.

** Ein schwerer Einbruch wurde in der vergangenen Nacht kurz nach 2 Uhr in dem Herrenmodenwarengeschäft und Buchhandlung von Ernst Ruffes, Entenplan 4, verübt. Die Diebe, es soll sich um Weißenfelser und Halleuser handeln, machten reiche Beute. Für 8—9000 M Stoffe, mehrere fertige Anzüge und eine Kassette mit barem Geld und Sparkassenbüchern fielen den Burschen in die Hände. In den Teichanlagen haben die Diebe einen Teil der gestohlenen Waren „verloren". Sie waren gewiß für den Transport so großer Beute nicht eingerichtet. Ein Mann wurde heute früh beobachtet, wie er von dort mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0002

einem Teil des Diebesgutes den Weg nach Kötschen wanderte. Auch sollen andere Personen solche Waren in den Anlagen „gefunden" und mitgenommen haben. Die Ermittlungen sind im Gange und werden gewiß zum Resultat führen. — Heute morgen kam einer der Diebe in die Werkstätte des hiesigen Bahnhofes, um sich die gestohlene Kassette aufbrechen zu lassen. Der Mann wurde natürlich sofort festgehalten und verhaftet. Durch seine Aussagen hofft man, seine Komplizen bald dingfest machen zu können.

* Eine neue Stadtmusikkapelle. Wie uns mitgeteilt wird, ist vor einigen Tagen hier ein bühlbarmonisches Orchester unter der Leitung des Kapellmeisters Paul Franke aus Merseburg gegründet worden. Das Orchester beabsichtigt erstklassige Sinfoniekonzerte und volkstümliche Sinfoniekonzerte zu niedrigen Eintrittspreisen zu veranstalten, außerdem sollen auch Sonntag vormittags von 11 bis 12 Uhr regelmäßig Platzkonzerte an hierzu geeigneten Orten der Stadt abgehalten werden. Der Leiter, Herr Paul Franke, war längere Zeit als Kapellmeister bei den Husarenkapellen in Merseburg, Altenburg, Wiesbaden und Schwerin mit Erfolg tätig und es ist zu erwarten, daß das Orchester unter seiner Leitung wirklich künstlerische Darbietungen zu Gehör bringt. Die musikliebende Einwohnerschaft Merseburgs und der Umgebung wird diese Einrichtung sicher mit Freuden begrüßen und das neue Unternehmen mit allen Kräften unterstützen. Aber auch beim Vereinsvorstünden wird das neugegründete Orchester bei Veranstaltungen willkommen sein, war es seither doch immerhin mit Schwierigkeiten verknüpft, auswärtige Kapellen zu bekommen.

** Angestellten-Versammlung. Von großer Interessellosigkeit der hiesigen in Handel und Industrie beschäftigten Angestellten gegenüber ihren Berufsfragen zeugte die am Montag abend von der hiesigen Kreisgruppe der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (B. D. H.) nach dem „Neuen Schützenhause" einberufene Versammlung; ca. 150 Personen hatten sich eingefunden, um dem Vortrag des Herrn Thal aus Leipzig, Leiter der sozialpolitischen Abteilung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, beizuwohnen. Die Demokratisierung der Industrie und die Angestellten" lautete das Thema, über das Herr Thal in 1½stündiger, allgemein verständlicher Weise sprach. Der Redner sprach zunächst über die wirtschaftliche Demokratisierung, die nun der politischen folge, um dann in längeren Ausführungen über die Bestrebungen der Angestellten-Verbände zu berichten. Diese brachte den Ausbau der Angestellten-Ausschüsse sowie die Durchführung von Tarifverträgen. Es muß nun dahin gestrebt werden, daß auch das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei der Produktion, bei Einstellungen, Entlassungen usw. unter allen Umständen gewährleistet wird. Der eine oder andere dieser Punkte wird bei Gehaltstarife zu einem Unsegen, was er durch Anführung von Beispielen drastisch bewiesen. Sodann streifte er kurz die kommende Einführung der Betriebsräte. Anfänglich sei die Anerkennung der Betriebsräte nur eine politische Forderung gewesen; durch den Streik in Mitteldeutschland wurden die Betriebsräte zunächst provisorisch unter Beteiligung des Mittelstandes anerkannt. Jetzt handelt es sich darum, wie aus den Betriebsräten am besten ein Parlament gebildet werden kann. Es würde also neben das politische das Wirtschaftsober Arbeits-Parlament treten. Die Angestellten müssen unter allen Umständen verlangen, in den Betriebsräten genau denselben Einfluß zu erhalten, wie die Arbeiterschaft. Ohne diese Gleichberechtigung sind die Interessen der Angestellten in größter Gefahr. Sodann erfordert die verlangte und geplante Sozialisierung der Betriebe die volle Aufmerksamkeit der Angestellten. Um alle diese Forderungen aber verwirklichen zu können, ist ein einheitlicher Geist und eine einheitliche Organisation der Angestellten dringend notwendig. Die Zersplitterung der Verbände in einzelne Verbände muß verschwinden. Einein in die sich auf freiheitlicher Grundlage, unter strengster parteipolitischer Neutralität vom B. D. H. Leipzig aufbauende Deutsche Angestellten-Gewerkschaft für alle Angestellten in Handel und Industrie. Es ist die höchste Zeit! — Durch reichen Beifall belohnten die aufmerksamen Zuhörer den Vortragenden für seine lehrreichen und sachlichen Ausführungen. — In der sich anschließenden Diskussion legte ein Herr vom D. H. V. die Gründe für die ablehnende Haltung seiner Organisation gegenüber dem vom B. D. H. vertretenen Einheitsverband sowie anderen Fragen dar, was den Vortragenden veranlaßte, nochmals in längeren Ausführungen unter allgemeinem Beifall der Anwesenden die Haltlosigkeit der vorgebrachten Gründe und Bedenken darzulegen. Mit dem Ersuchen, unter den Kollegen kräftig für den Einheitsverband zu werben, wurde die Versammlung geschlossen.

** Vorsicht. An der Ecke von Burgstraße und Entenplan lag am Mittwoch mitten friedlich und harmlos eine Papierseelbsche, aus der bereits größtenteils Papierspäne entfernt waren. Das Seil lag also auf der Straße. Eine den Entenplan heruntergehende darauf aufmerksam gemachte Merseburgerin guckte sofort in ihre Tasche und erklärte, es gehöre nicht ihr. Ein etwas weiter vorn den Entenplan hinabgehender junger Mensch ward herbeigerufen und erkannte staunend sein auf der Straße liegendes Eigentum und war froh, daß er es wieder hatte. Man riet ihm mit seinen Sachen vorsichtig umzugehen. Schw.

** Deutschevangelischer Frauenbund. Am Freitag den 6. Juni wird anläßlich der diesjährigen Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Deutschevangelischen Frauenbundes Herr Dr. Joh. Prüfer, der Direktor der Frauenhochschule zu Leipzig und erster Vorsitzender der deutschen Gesellschaft zur Förderung der häuslichen Erziehung, einen Vortrag über Aufgaben, Grenzen und Grundsätze der häuslichen Erziehung halten. (Siehe Anzeige in der heutigen Nr.) — Erfreulicherweise ladet der Verein auch Nichtmitglieder, die sich für diese wichtige Frage interessieren — und welches Haus berührt sie nicht — herzlich ein. Möchten viele der Einladung folgen.

** Tivoli-Theater. Am Dienstag den 10. Juni, abends 8 Uhr, veranstaltet Frau Anna Schmidt-Schumann einen Lieder-, Duett- und Balladen-Abend, zu welchem sie den beliebten Leipziger Bariton, Kammersänger Willy Lohse, welcher im vergangenen Winter hier in Merseburg schon große Erfolge errang, und bestes Gastspielen man auch diesmal wieder mit Freuden begrüßen wird, sowie die Berliner Konzertsängerin Margarete Eix, welche schon des öfteren zusammen mit Kammersänger Lohse erfolgreich konzertierte, gewonnen hat. Zum Vortrage gelangen die beliebtesten Gesänge berühmter Meister.

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 4. Juni.)

Ausgabe: Heilmarkten im alten Rathaus, Burgstraße 1, von 7—2 Uhr, für die Straßen K—P.

Anmeldung der Kinder bis einschl. 14 Jahren und Personen über 60 Jahre in den Lebensmittelverkaufsstellen gemäß der Bekanntmachung in der heutigen Nummer.

§ Lauchstedt, 2. Juni. Für Mittwoch abend hatte die Ortsgruppe Lauchstedt der Deutsch-demokratischen Partei eine Protestversammlung einberufen gegen die uns angebrachten schmachvollen Friedensbedingungen. — In sachlicher Weise erläuterte Gutsbesitzer Koch-Unterfarnstedt, M. d. N., den zahlreich Erschienenen die mutmaßlichen Ursachen des Krieges, aus denen hervorging, daß die Anschuldigung unserer Feinde, Deutschland sei schuld am Kriege, nicht stichhaltig ist. Die Verlesung der schroffsten Punkte der Bedingungen zeigte, daß das „Sonnenkind" der Regierung Geltung besaßen muß, wenn unsere Feinde kein Entgegenkommen auf unsere Gegenvorschläge zeigen sollten. Die Zitierung der be—rühmten 14 Punkte Wilsons mit den entsprechenden Bedingungen des jetzigen Friedensvertrages zeigen die ganze Lüge und Heuchelei unserer Gegner in ihrer wahren Gestalt. Eine unerträgliche Zukunft wäre das Los Deutschlands, wenn wir zur Annahme gezwungen werden. Folgende Resolution wurde gefaßt und gelangte zur Ablesung: „An den Herrn Reichspräsidenten Ebert, Berlin. Herr Präsident! Die auf Einladung der Deutsch-demokratischen Partei heute abend hier stattfindende Volksversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die schmachvollen unerfüllbaren Friedensbedingungen, sie stimmt einmütig dem „Nunmehrsuhder" der Regierung zu, ihr erklärt sich mit der deutschen Antwortnote, welche heute in Versailles überreicht wurde, einverstanden, die einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit verlangt."

d. Lauchstedt, 2. Juni. Der Ziegenzuchtverein Lauchstedt hielt am Sonntag seine 1. Ziegenschau ab. Trotz des herrlichen Wetters waren von den zur Schau angemeldeten 74 Tieren nur 57 angetrieben. Als Preisrichter waren Tierarzt Meißner-Schafstädt und W. Dörl-Merseburg tätig. An Preisen kamen zur Verteilung: a) an reinrassige ältere Ziegen, die 2 mal und öfter gekammt haben: ein 1., ein 2. und drei 3. Preise und eine lobende Anerkennung; b) mit gekammte Tiere und sogenannte Übergänger: ein 1., ein 2. und zwei 3. Preise und zwei lobende Anerkennungen; c) an 1919 geborene Ziegenlämmer: ein 1., ein 2. und drei 3. Preise und eine lobende Anerkennung; d) an Bocklämmer ein 1., ein 2., zwei 3. Preise und eine lobende Anerkennung; e) an nicht dem Zuchtziel entsprechende Tiere: 11 lobende Anerkennungen. Ein Verkauf von Tieren fand nicht statt. Doch wurden für tadellose erstklassige Tiere Angebote bis 600 M gemacht. Die Besitzer solcher wertvoller Tiere konnten aber auch von solch hohen Preisen nicht bestochen werden, indem für sie der Nutzen dieser Tiere für die gegenwärtigen Verhältnisse einen weit höheren Wert hat, und für sie diese Tiere unentbehrlich sind. Die prämiierten Tiere erscheinen voraussichtlich am 15. Juni auch auf der Verbandsschau in Merseburg. Der Besuch der Schau hätte ein regeres Interesse verdient. Dies ist aber wohl damit zu erklären, daß sehr viele Ziegenhalter den Wert der Ausstellungen aber noch nicht zu schätzen vermögen. Immerhin kann man aber mit dem Erfolg dieser ersten Veranstaltung zufrieden sein. Hoffen wir, daß bei der nächsten Schau in Lauchstedt ein weiterer Fortschritt auf dem Gebiet der Ziegenhaltung nachgewiesen und von einem regeren Interesse gesprochen werden kann.

§ Schkeuditz, 2. Juni. Mit vier Wilddieben hatten am Sonntag früh zwischen 5 und 6 Uhr hiesige Sicherheitsbeamte ein Zusammentreffen. Es entwickelte sich eine regelrechte Schießerei, in deren Verlauf ein Wilddieb getroffen zusammenbrach. Er muß von seinen Genossen mit fortgeschleppt worden sein, denn trotz eifriger Suche war der Getroffene nicht aufzufinden. — Unerhört frech gingen Diebe in der Nacht zum Sonntag vor, indem sie dem Gärtnerbesitzer Schennig einen Bezuch abstatteten. Der gesamte Viehbestand, 13 Hühner, 5 Gänse, 2 junge Ziegen, wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet, in Rucksäcke verpackt und dann fortgeschafft. Auf nächtlicher Streife sich befindliche Polizeibeamte trafen auf dem Weg von der Möbelschaft zwei Männer, die in stark mit Blut getränkten Rucksäcken eine schwere Last von Leipzig trugen. Sie wurden angehalten, ihre Beute — obiges Diebesgut — abgenommen und in Haft gebracht. Dem Geschädigten konnte das Fleisch wieder zurückgegeben werden.

g. Aus dem Kreise, 2. Juni. Das Verziehen der Zuckerrüben, eine lediglich von Kindern zu verrichtende Arbeit, hat auf den größeren Gutsverwaltungen begonnen. Seitens der Schulbehörden wird diesen Arbeiten Rechnung getragen.

g. Aus dem Elsterthale, 2. Juni. Infolge der eingetretenen Wärme hat der Roggen auf lehrreren Bodenverhältnissen seit Sonnabend in bergangener Woche zu blühen begonnen.

g. Döllnitz, 2. Juni. Der schon bejahrte Arbeiter P. Irosch aus Meßmar wollte seine Familienangehörigen hier besuchen. Hierbei hatte er das Unglück, von dem Gefährt, das er benutzte, zu fallen, daß er sich eine erhebliche Kopf- und Rückenverletzung zuzog. Sein Zustand verschlimmerte sich durch Hinzutritt von Gehirnleiden derartig, daß der Bedauernswerte nach kurzer Zeit verstarb.

g. Dieskau, 2. Juni. Der erste Kleeschnitt hat in hiesiger Feldmark sowie in der Umgebung begonnen.

Mücheln und Umgegend.

3. Juni.

‡ Querfurt, 2. Juni. Auf dem heutigen Pfingstmarkt, zu dem auf dem Marktplatz, die Verkaufsstände mit Zucker- und Alsterlei Kurzwaren ausgestellt sind, wurden von zwei Ständen die Zuckerwaren beschlagnahmt, da die Verkäufer diese das Pfund zu 12 M anboten.

Wetterwarte.

B. W. am 4. 6.: Ziemlich heiter, trocken, warm. — 5. 6.: Vielfach heiter, trocken, warm.

Sport und Leibesübungen.

✧ Ballspielverein „Hohenzollern"-Merseburg. Bei dem am letzten Sonntag in Weißenfels auf der Radrennbahn stattgefundenen Turn- und Sportfest des Städtischen Turnvereins-Weißenfels beteiligten sich auch einige Leichtathleten des B.-V. „Hohenzollern"-Merseburg. Es hatten sich tatsächlich gute Kämpfer eingefunden, u. a. bemerkte man den Meisterkampfmeister Kahl-Leipzig am Start. Halle und Leipzig waren mit bekannten Größen zahlreich vertreten. Die Athleten „Hohenzollerns" konnten trotzdem wieder gute Erfolge für sich buchen. Hans Meißner versuchte sich einmal in neuen Konkurrenzen, und gab er den Favoriten nicht viel nach. Im 200 Meter-Lauf, bei dem 30 Teilnehmer starteten, qualifizierte er sich durch einen Zwischenlauf sicher für den Endkampf, aus welchem er als 3. Sieger hervorging. „96"-Halle stellte die beiden ersten Sieger. Im Stabweitsprung belegte er den 3. Platz mit einem Sprunge von 7,50 Meter, während der erste und zweite Sieger nur 20 Zentimeter weiter sprangen. Gewiß ein Zeichen für Meißners Können. Sodann gelang es noch Meißner, sich im Stabhochsprung den 4. Preis zu erkämpfen durch einen Sprung von 2,65 Meter. Bei dieser Konkurrenz stießen schwere Gegner aufeinander, und zeigte Meißner auch hier wieder, daß er etwas leisten kann. Der erste, zweite und dritte Platz wurde von Leipzigern mit 2,90, 2,75 (Kahl-Leipzig) und 2,65 Meter belegt. Bei Meißner ist seine Ruhe und große Technik auf, mit denen er sich diese Lorbeeren errang. Möge ihm sein rastloses Vorwärtsstreben noch manchen Erfolg einbringen. Kurt Wiegel bestritt zum erstenmal seit langer Zeit für die blau-gelb-blauen Farben den ausgeschriebenen Vierkampf, bestehend aus 100 Meter-Lauf, Kugelstoßen, Weitsprung und Speerwerfen. Auch er hatte Gelegenheit, zu zeigen, daß seine Gegenleute noch nicht eingerostet sind. Bei dem Vierkampf beteiligten sich eine Unmasse Turner und Athleten, und ist der Erfolg Wiegels, der sich unter den ersten Siegern befindet, sehr hoch einzuschätzen. Es gelang ihm nämlich, mit 72 Punkten den 5. Preis zu erringen, und dieser war ehrlich verdient. Vor allen Dingen ist seine Leistung im Weitsprungen zu erwähnen. Unter dem donnernden Beifall von Zuschauern und Sportlern sprang er bei einer Entfernung des Sprungbrettes von 2,50 Meter 1,60 Meter hoch; gewiß eine prächtige Leistung, die ihm keiner nachmachte. Die 100 Meter lief er in der guten Zeit von 11½ Sekunden, während er beim Kugelstoßen (20 Pfund) 6,50 Meter erreichte. Das Speerwerfen, bei dem „Hohenzollern" noch die allerbesten Aussichten hatte, einige gute Plätze zu belegen, fand der vorgerückten Stunde wegen nicht statt. Jedenfalls kann „Hohenzollern" mit dem Erreichten zufrieden sein, und mögen die Sieger für ihre Leistungen die herzlichsten Glückwünsche entgegennehmen. Es dürfte noch interessieren, daß beim 4 — 100 Meter-Staffellauf „96" Halle mit 48⅘ Sek. 1. Sieger wurde, während Seminar-Weißenfels den 2. Platz mit 49 Sek. belegte. Beim 10 Kilometer-Lauf belegten 2 Erfurter (Männerturnverein) nach herrlichem Lauf die beiden ersten Plätze. Die Abwicklung der Wettkämpfe ging äußerst lanssam vonstatten, es fehlte jegliche Organisation. Zum Teilen war die Kennbahn absolut nicht geeignet, eine Sturz hätte schwere Folgen trgen können. Mit der Preisverteilung scheint man es in Weißenfels so zu halten, daß ein Kampfrichter in Hemdsärmeln von der Tribüne herab den Siegern die wenig haltbaren Kränze zuwirft. K.

✧ Berliner „Hertha" in Merseburg. Wie wir hören, weilt hier am ersten Pfingstfeiertage die bekannte Berliner Ligamannschaft „Hertha" als Gast des B.-V. „Preußen". „Hertha" ist unzweifelhaft eine der besten und popularsten Mannschaften der Reichshauptstadt und wird auch zu diesem Spiele mit einer auserlesenen Mannschaft antreten. Allen Sportfreunden wird somit erstmalig Gelegenheit geboten, eine Berliner Mannschaft von hohem Können zu sehen. Die Schwarzweißen werden sich mächtig anstrengen müssen, um gegen einen solch schweren Gegner einigermaßen günstig abzuschneiden.

Vermischtes.

Die Leiche der Rosa Luxemburg gefunden.

Nach monatelangem Suchen, das schon zu den wildesten Gerüchten Anlaß gegeben hatte, ist in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Leiche Rosa Luxemburgs aufgefunden worden. Soldaten, die zufällig die Freiarchenbrücke im Tiergarten passierten, sahen eine stark verweste Frauenleiche auf der Oberfläche des Wassers treiben. Sie brachten die Leiche an das Ufer und verständigten die Kriminalpolizei. Obwohl der Körper begreiflicherweise schon sehr stark entstellt war, wurde jedoch in kurzer Zeit festgestellt, daß es sich in der Tat um die Leiche Rosa Luxemburgs handelte, die im Auftrage des Oberleutnants Vogel in den Landwehrkanal geworfen war. Die Leiche, die damals mit Draht beschwert worden war, dürfte durch ein Wehr festgehalten und deshalb den Tauchern, die wochenlang nach ihr gesucht, verborgen geblieben sein. Sofort nach der Feststellung der Identität der Leiche wurde Polizeipräsident Ernst verständigt, der sich mit Oberregierungsrat Hoppe, dem Leiter der Mordkommission, nach der Fundstelle begab und die Leiche nach dem Berliner Schauhaus bringen ließ. Von dort aus wurde im Auftrage des Reichswehrministers Noske die Leiche in einem Automobil nach dem Truppenübungsplatz Zossen gebracht. Diese Anordnung wird damit begründet, daß sich dort die Obduktion der Leiche und die Untersuchung, die sich daran anknüpfen wird, ungestörter durchführen lasse.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Ein Anzug, Größe 1,70 Meter, zu kaufen gesucht. Off. u. Anzug an die Exped. d. Bl.

Ein tadell. erh. Anzug, Gr. 1,76, zu kaufen gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Paar weiße und schwarze Lackschuhe (Halbschuhe), Größe 38 sofort zu kaufen gesucht. Werte Off. unter H G an die Exped. d. Bl.

1 P. weiße Schuhe Größe 34 zu kaufen gesucht. Angebote unter K L an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gebrauchtes, gut erhaltenes Klavier zu kaufen gesucht. Angebote an Delorabe 27, part.

Alte Meister-Geige zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis und Name des Erbauers unter U L. 8490 an die Expedition d. Bl. erbeten.

2 Fahrräder mit Freilauf und Gummibereifung zu kaufen gesucht. Zahle für jedes Fahrrad geforderten Preis. Off. unter U R 8473 an Rudolf Mosse, Halle, erbeten.

2 größere, noch gut erhaltene runde eiserne Oefen möglichst mit Rochröhre zu kaufen gesucht. Nulandstr. 6.

Großer Posten Waschstoffe f. Kleider u. Blusen. Rud. Krämer, Merseburg, Christianenstr. 7. Telef. 444.

Empfehle als seltene Kaufgelegenheit mehrere leichtere und schwerere Arbeitspferde preiswert zum Verkauf. Die Pferde sind sämtlich in sehr gutem Futterzustande, an schweren Zug gewöhnt, stott und fromm. Daselbst stehen 2 sehr gute Kutschwagen (Coupé) fast neu, preiswert zum Verkauf. Frz. Vogel, Radewell-Ammendorf, Fernsprecher 58. — Hauptstraße 17.

Fachlehrbücher 1. Ranges mit vielen Abbildungen.
Mod. Seifenfabrikation Mk. 12,90. Der Seifensieder 11,80. Die Kerzenfabrikation 6,60. Die Bäckerei 14,70. Die Konditorei 28,50. Bonbonfabrikation 18,20. Fleischerei 28,50. Tabak und Tabakfabrikate 19,35. Tabakbau und Tabakkunde 21,80. Zigarettenfabrikation 8,60. Der prakt. Schuh- und Schäftemacher 8. Der Gerber 12,90. Der Böttcher 10,75. Automobiltechnik 13,50. Verbrennungsmaschinentechnik 5,50. Bergis des Fliegens 4,50. Flugzeugtechnik 4,25. Elektrotechnik 8,80. Starkstromanlagen 8,60. Schule des Elektromonteurs 5,60. Taschenbuch für Monteure elektrischer Leitungen 5,50. Elekt. Licht- und Kraftanlagen 4,50. Elektro Auskunftei 7,60. Der moderne Installateur 33,85. Hausinstallation 4,70. Schaltungsbuch für Schwachstrom 5,50. Der Metallarbeiter 9,30. Metalltechnik 15,—. Der Galvanotechniker 9,30. Der Maschinenbauer 12,40. Der Maschinist 15,75. Hilfsbuch für Maschinisten u. Heizer 6,60. Der Heizungsmonteur 16,50. Der mod. Heizer u. Kesselwärter 20,65. Der Wasserleitungsinstallateur 10,75. Der Gas- und Wasserinstallateur 17,20. Der Fahrradreparateur 6,45. Der Feinmechaniker 5,—. Hilfsbuch für Uhrmacher 5,—. Reparatur von Taschenuhren 6,50. Die Fräserei 6,50. Die Dreherei 6,50. Hilfsbuch für Dreherei 6,60. Eisen- u. Metalldreher 3,20. Der Schmied 9,20. Hufbeschlag und Wagenbau 20,—. Berechnen u. Schneiden der Gewinde 6,45. Autogenes Schweißen und Schneiden 12,35. Der Klempner 17,20. Der Kupferschmied 10,—. Die Blechverwindungen 4,40. Der Maurermeister 9,30. Der Zimmermann 9,30. Der Zimmermeister 9,30. Berechnungen 8,60. Dachschiftungen 3,25. Der Dachdecker 9,30. Der prakt. Tischler 36,70 oder 19,35. Der Möbeltischreiner 6,60. Bürgerliche Möbel 12,90. Einf. mod. Möbel 10,75. Kücheneinrichtungen 13,10 oder 25,40. Der Drechsler 17,20. Holzberetzner 7,15. Der Schuhmacher 2,60. Der Korbmacher 15,—. Der Wagenfabrikant 17,15. Der Sattler 20,10. Das Polstern 11,—. Der mod. Tapezierer u. Dekorateur 13,60. Der Dekorations- u. Stubenmaler 7,50. Firmenschriften 10,—. Fachzeichnen 10,75. Zuschneidekunst für Herren 17,75. Damenzuschneiden 28,50. Perrückenmacher u. Friseure 12,—. Dekoration 5,60. 1000 Reisepiz zu Handelsreisen 6,—. Der Rechtsanwalt 4,25. Der Lohnrechner 2,—. Deutsch 5,75. Rechnen 5,75. Buchführung 5,75. Großer Briefsteller 5,75. Bauwesen 5,75. Der gute Ton 5,50. Die Gabe der Unterhaltung 3,20. Tanzkunst 3,35. Klavierschule 7,40. Violinschule 6,50. Praktisches Lehrbuch der Landwirtschaft 13,55. Kaninchenzucht 3,60. Ziegenzucht 3,60. Geflügelzucht 3,60. Gartenbau 3,80 oder 5,75. Gemüsebau 9,70. Gegen Nachnahme. L. Schwarz u Co, Berlin Z 14 a Annenstrasse 24.

Deutsche Männer schützt Euer Vaterland gegen die anstürmenden Horden des Bolschewismus. Tretet ein bei der 1. Garde-Res.-Division (Kurland). Abzeichen silbernes Eichenreih. Eingestellt werden alle Waffengattungen, besonders gebraucht werden: M.-G.-Schützen, Kraftfahrer, Minenwerfer, Kanonenrohrer, Nachrichtenpersonal, Pioniere, Handwerker und Schreiber. Bedingungen: Mögliche Löhnung nach dem Dienstgrad und Verpflegung, freie Unterkunft, 5 Mark tägliche Reisegenuge und nach Kriegsschluß bis zur Landesgrenze 4 Mark tägliche Unterzugage. Spätere Anstellungsmöglichkeit in Kurland. Verpflegung des eisernen Kreuzes und Balkenkreuzes. Nur Freiwillige mit einwandfreien Militärpapieren werden eingestellt. Nach Einhaltung der Militärpapiere wird Fahrtausweis ausgestellt. Fahrgelderstattung nach Einstellung beim Truppenteil. Meldestelle beim Dep.-Batl.-Stab Infanterieweide bei Goslar, Riesaer-Kaserne und Naumburg a. S., Batl.-Schießplatzkommando Jäger-Batl. 4 (alte Jägerkaserne), vorm. v. 9—11 Uhr b. Major v. Harlis.

Wo können junge Frauen die Friseurkunst erlernen?! Angebote unter R B an die Expedition d. Blattes.

Schuhwaren werden besohlt und repariert. Friedr. Meiße, Bleichstraße.

Wäsche zum plätten und Mäntel zum brennen werden angenommen. Fischerstr. 6.

Eimer und Kübel zum Waschen und Fässer werden angenommen Friedrichstraße 3, 1. Tr. l.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank!

Rit. Sager und Frau
Franziska geb. Koch.
Merseburg, d. 1. Juni 1919.

Bekanntmachung.

Pfingstpersonenverkehr.

Wegen Knappheit an Lokomotiven und Kohlen ist die Eisenbahn nicht in der Lage, für den Personenverkehr zu Pfingsten Sonderleistungen zu übernehmen. Mit Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß daher gerechnet werden.

Alle nicht unbedingt nötigen Reisen müssen daher unterbleiben.

Halle (Saale), im Juni 1919.
Eisenbahn-Direktion.

Ausgabe v. Butter

am Sonnabend, d. 7. Juni 1919.

Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 48 Pf. und auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K und G) 50 Gramm Butter zum Preise von 43 Pf.

Merseburg, den 2. Juni 1919
Das städt. Lebensmittelamt.
L A II 1529/19.

Kirschen-Verpachtung.

Die Süßkirschen in der Gemeinde Scherben sollen Sonnabend, den 7. Juni, abends 6 Uhr, im Gasthaus daselbst gegen gleiche bare Zahlung verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Scherben, den 30. Mai 1919.
Der Gemeinde-Vorsteher.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Kirschnutzung der Gemeinde Kötschen (Weißenfelser Chaussee) soll am Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 3 Uhr im Köhlerschen Gasthofe hierselbst öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Kötschen, den 8. Juni 1919.
Der Gemeindevorsteher.

Kirschen-Verpachtung.

Sonnabend, den 7. Juni, nachm. 6½ Uhr soll die diesjährige Kirschnutzung der Gemeinde Ayendorf öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Ayendorf, den 2. Juni 1919.
Der Gemeindevorsteher.

Kirschen-Verpachtung

Die diesjährige Kirschnutzung der Gemeinde Nieder-Beuna soll Mittwoch, den 11. Juni, nachmittags 5 Uhr öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Niederbeuna, d. 3. Juni 1919.
Der Gemeindevorsteher.
User.

Wiesenverpachtung.

Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 5 Uhr, sollen die Gemeinde- und Kirchenwiese (in der Flur Meuschau belegen) im Gasthaus Ayendorf öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Ayendorf, den 2. Juni 1919.
Der Gemeindevorstand.

Möbl. Zimmer mit Kochgas, nebst Zubeh., 5 Min. vom Bahnh., für ruhiges Ehepaar sof. begehrt. Off. unt. **A B 100** an die Exp. d. Bl.

Schlafstelle

für 2 anständ. Mädchen offen
Johannisstraße 19.

Schlafstelle für 2 Herren
sofort zu verm. Schmale Str. 30.
Bessere Herren können noch an gutem, reichlichem

Mittag- u. Abendtisch

teilnehmen.
Offerten unter **E K** an die Exped. d. Bl. erbeten.

2—3-Zimm.-Wohnung

zum 1. Juli oder später gesucht. Vermittler erhalten bei Kontraktabschluß Belohnung. Offerten unter **H K 100** an die Exp. d. Bl.

Ordentliche, ehrliche Frau sucht sofort

leere Stube.

Eventuell wird Aufwartung oder Hausarbeit übernommen.
Offerten unter **S Z 200** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Minna Kade
Walter Spath, Steiger.
Verlobte.
Frankleben. Juni 1919. Weißlandt.

Heute morgen starb nach dreitägigem Krankenlager plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater und Großvater

der Mühlenbesitzer

Ferd. Krause

im 74. Lebensjahre.

Geusa, den 2. Juni 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Emilie Krause.

Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr statt.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Tode unseres teuren Entschlafenen, des Schneidermeisters

Wilhelm Roter

sagen wir auftrichtigsten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

Merseburg, den 3. Juni 1919.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 9. bis 15. Juni 1919 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:

½ Pfd. Nudeln zum Preise von 38 Pfg. auf Bezugschein 90.
1/2 Pfd. Marmelade zum Pr. v. 65 Pfg. auf Bezugschein 91.

außerdem erhalten auf Bezugschein Nr. 98

a) die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 6001—7450 (4 Personen) auf den Haushalt je 2 Dosen Fischkonserven
b) die Inhaber der Lebensmittelhefte Nr. 9701—10000 (10 und mehr Personen) für den Haushalt je 5 Dosen Fischkonserven zu den auf den Dosen aufgedruckten Preisen.

Abgabe der Bezugscheine Nr. 90, 91 und 98 am Mittwoch, den 4. Juni und Donnerstag, den 5. Juni d. Js.

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben: Bezugschein und Quittung Nr. 90.

Einrichtung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 6. Juni d. Js., bis mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware:

Von Donnerstag, den 12. Juni bis einschließlich Sonnabend, den 14. Juni 1919 gegen Abgabe der Quittungsabschnitte.

Den Verkaufsstellen ist verboten, die zugeteilten Waren schon vor Donnerstag jeder Woche zum Verkauf zu bringen.

Im freien Handel sind ferner von jetzt ab bis auf Weiteres in allen Verkaufsstellen zu beziehen: Kornkaffee und Zichorie zum Preise von 58 Pfg. für ½ Pfd., Sauerkohl zum Preise von 15 Pfg. für das Pfund.

Merseburg, den 3. Juni 1919.
L A II 1546/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Kels an Kinder bis einschließlich 14 Jahre und Personen über 60 Jahre.

Am Freitag, den 6. Juni 1919 wird an jedes Kind im Alter bis einschließlich zu 14 Jahren und an alle Personen über 60 Jahre in denjenigen Verkaufsstellen, in denen diese neu zur Liste angemeldet sind

1 Paket Kels zu dem auf dem Umschlag aufgedruckten Preise

verabfolgt.

Merseburg, den 2. Juni 1919.
L A II 1545/19. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern vom 28. April 1919 über die Bestellung von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Im Anschluß an den gemeinschaftlichen Erlaß vom 15 September 1879 (J. M. Bl. S. 349) werden

1. die mit den Rechten der planmäßig angestellten Gendarmen bestellten Hilfsgendarmen nach Ablauf der Probezeit,
2. die Ersatzgendarmen,
3. die bei der preußischen Gendarmerie beschäftigten elsaß-lothringischen Hilfsgendarmen,
4. die Gendarmerieanwärter im Dienst nach Ablauf der Probezeit zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Berlin, den 28. April 1919.

Der Justizminister. J. A.: gez.: Fritze.
Der Minister des Innern. J. A.: gez.: v. Jarotzky.

Anmeldung der Kinder bis einschl. 14 Jahre und Personen über 60 Jahre.

Die Liste der versorgungsberechtigten Kinder bis einschl. 14 Jahren und der Personen über 60 Jahre in der Stadt Merseburg soll wegen Verteilung der Sonderzuweisungen neu aufgestellt werden.

1. Die Haushaltungen haben zu diesem Zwecke am **Mittwoch, den 4. Juni und Donnerstag, den 5. Juni 1919** bei Anmeldung der Lebensmittel für die nächste Woche bei den Verkaufsstellen gleichzeitig anzuzeigen:

a) die zum Haushalt gehörigen Kinder bis einschl 5 Jahre,
b) die zum Haushalt gehörigen Kinder von über 5 Jahre bis einschl. 10 Jahre,
c) die zum Haushalt gehörigen Kinder von über 10 Jahre bis einschl. 14 Jahre,
d) die zum Haushalt gehörigen Personen über 60 Jahre.

2. Altersausweise (Geburtsscheine, Familienstammbücher usw.) sind mit zur Stelle zu bringen.

3. Die Anmeldung darf nur einmal und zwar nur in dem Geschäft erfolgen, in dem der Bezugschein Nr. 90 abgegeben wird.

4. Die frühere Anmeldung der Kinder und alten Personen tritt mit dem 3. Juni außer Kraft

5. Die Verkaufsstellen haben eine Reinschrift der aufgenommenen Liste am Freitag, den 6. Juni 1919, früh, der städt. Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstr. 5, einzureichen.

Merseburg, den 2. Juni 1919.
Zu L A II 1550/19. **Der Magistrat.**

6—7-Zimm.-Wohng.
(Bad, Gas, elektr. Licht) zu sofort gesucht. Offerten unter Nr. 113 an die Exped. d. Bl.

Wohnung gesucht

für starke Familie Oberschweizer Barth, Göhlitzsch.

Möbl. Zimmer, evtl. Wohn- und Schlafzimmer, von zwei Herren gesucht.
Angebote unter **O W 34** an die Exped. d. Bl.

Zwei Herren suchen

möbliertes Zimmer.

Offerten mit Preisangabe unter **A V** an die Exped. d. Bl.

Beamter sucht zum 1. Juli

gut möbl. Zimmer.

Offerten unter **B D** an die Expedition dieses Blattes.

Junges, anständ. Mädchen sucht

Schlafstelle.

Angebote unter **H Z** an die Expedition d. Blattes.

8—6000 Mark und auf erste Hypothek auszuleihen. Näheres bei R. Wiegand, Mälzerstr. 8.

5000 M.

auf 1. oder 2. Hypothek sind zu verleihen. Offerten unter **A P 35** an die Exped. d. Bl.

Wer leiht 500 Mark

gegen hohe Verzinsung u. monatl. Rückzahlung. Sofortige Angebote unter **Halle S W** an die Exped. d. Bl.

40000 M.

zur 1. Hypothek auf Hausgrundstück v. Selbstgeb. gesucht. Offert. unt. **M 36** an die Exp. d. Bl.

Heirats-Gesuch.

Jungerselle, 36 J., sucht Bekanntschaft mit älterem Mädchen oder Kriegerwitwe mit Kindern (Alter 25—30 Jahre) zwecks späterer Heirat. Offerten mit Bild unter **W 35** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Heirats-Gesuch!

Junger Mann, 24 J., sucht Bekanntschaft mit einem jungen Mädchen im Alter von 20 bis 23 J. zwecks späterer Heirat. Offerten mit Bild u. **W 36** an die Exped. d. Bl.

Fräulein,

36 Jahre alt, in Stellung, wünscht Bekanntschaft eines besseren Herrn zwecks späterer Heirat.
Werte Offerten unter **A B 7** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kaufmann, 24 jähr. Fräulein
sucht Bekanntschaft eines
Herrn mit **ruhigen Temperaments**
zwecks späterer Heirat.
Werte Offerten unter **W L 13** an die Expedition d. Blattes.

Beamtentochter,

26 J. a., schöne no. n. Erscheinung, leid. ohne Verm., sehr wirtschaftl. erzog., wünscht mit tüchtigem, anständigem Herrn in Verbindung zu treten zwecks späterer Heirat. Off. m. Bild unt. Nr. 23542 a. d. Exp. d. Bl. erb. Bild wird zurückgesandt.

Reisevertreter ges.
f. Zeitschrift. Branchek. n. erf. Hoher Tagesverdienst. Off. unt. **G H** an die Exped. d. Bl.

Buchbinder,

auch für Papierzuschneider geeignet, wird gesucht.
C. Görling, G. m. b. H.

Tücht. Lohnkellner
für die Feiertage und auf w. gesucht.
A. Weiß, Strandschlößchen.

Lohnkellner

für sofort gesucht.
Bruno Knoche, Thüring. Hof.

Laufburschen

sucht sofort
Lotz, Papierhandlung,
Burgstraße 7.

Tüchtiger

Zimmermann

gesucht.
Th. Grote, A.-G.

Knecht
wird gesucht Rüssen Nr. 15.

Zuverlässiger

Geschirrführer

sucht Gebr. Selbicke, Eisenhandlung.

Bekanntmachung.

Händler, die sich im Jahre 1919 an der unmittelbaren Lieferung der Frühkartoffelstelle an die Bedarfsstellen auf Anweisung der Provinzialkartoffelstelle beteiligen wollen, haben dies bis zum 15. Juni 1919 der Provinzialkartoffelstelle anzuzeigen und gleichzeitig:

1. nachzuweisen, daß sie vor dem 1. August 1914 selbstständig den waggonweisen Versand von Frühkartoffeln betrieben haben und entweder im Jahre 1918 von der Provinzialkartoffelstelle zum Handel mit Frühkartoffeln zugelassen waren oder während des Krieges im Heeresdienst gestanden haben. Der Nachweis des selbstständigen waggonweisen Versandes von Frühkartoffeln vor dem 1. August 1914 ist zu führen durch eine Bescheinigung des für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Preisausschusses (in Stadtkreisen des Magistrats);
2. nachzuweisen daß sie den Erlaubnisschein für Handel mit Lebensmitteln gemäß der Verordnung vom 24. Juni 1916 (R. G. Bl. S. 581) besitzen;
3. sich bereit zu erklären, bei der Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg eine Kaution von 10000 (zehntausend Mk.) zu stellen, und zwar zur Verfügung des Vorsitzenden der Provinzialkartoffelstelle. Die Bescheinigung der Mitteldeutschen Privatbank über die Hinterlegung der Kaution ist der Provinzialkartoffelstelle in Magdeburg einzureichen. Die Kaution wird im November 1919 zurückgegeben, wenn bis dahin keine Differenzen aus Lieferungen des betreffenden Händlers bei der Provinzialkartoffelstelle angemeldet sind. Sind unerledigte Differenzen angemeldet, so wird ein der Differenz und den etwaigen Kosten entsprechender Betrag von der Kaution bis zur endgültigen Erledigung zurückbehalten. Für die Hinterlegung der Kaution berechnet die Mitteldeutsche Privatbank keine besonderen Kosten.
4. sich zu verpflichten, für jeden im Jahre 1919 gelieferten Zentner Frühkartoffeln an die Provinzialkartoffelstelle eine Gebühr von 2½ Pfg. (einschließlich der an das Landeskartoffelamt abzuführenden Gebühr von 2 Pfg.) zu zahlen, und sich damit einverstanden zu erklären, daß diese Gebühr seitens der Mitteldeutschen Privatbank von den an die Händler zu leistenden Zahlungen in Abzug gebracht und an die Provinzialkartoffelstelle abgeführt wird;
5. sich für den Fall einer Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften der Provinzialkartoffelstelle über den Verkehr mit Frühkartoffeln, insbesondere für den Fall schuldhaft unterlassener unrichtiger oder unvollständiger Erstattung der Meldungen oder Ausfüllung der Verladekarten einer von dem Vorsitzenden der Provinzialkartoffelstelle festzusetzenden Konventionalstrafe bis zu 500 Mark für jeden Einzelfall zu unterwerfen. Jeder Händler haftet für seine Organe.

Zu 3 wird bemerkt, daß die Stellung der Kaution deshalb für erforderlich erachtet wird, weil die Mitteldeutsche Privatbank den Händlern den Betrag ihrer Forderungen an die von ihnen belieferten Bedarfsstellen auf Duplikatfrachtbrief auszahlen wird.

Ueber die Zulassung entscheidet die Provinzialkartoffelstelle endgültig. Die zugelassenen Händler erhalten eine Ausweiskarte. Die Zulassung kann jederzeit unter Zurückforderung der Ausweiskarte ohne Angabe von Gründen zurückgezogen werden. Wird hierbei die Ausweiskarte auf Aufforderung nicht innerhalb der gesetzten Frist zurückgegeben, so wird sie seitens der Provinzialkartoffelstelle durch öffentliche Bekanntmachung in sämtlichen Kreisblättern der Provinz auf Kosten des betreffenden Händlers für ungültig erklärt.

Die Lieferungsbedingungen werden den zugelassenen Händlern besonders mitgeteilt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für Genossenschaften und, mit Ausnahme der Bestimmung zu 2, auch für Landwirte.

Magdeburg, den 3. Mai 1919.
Der Vorsitzende der Provinzialkartoffelstelle.
von der Schulenburg.

Veröffentlicht.
Merseburg, den 27. Mai 1919.
Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Prima Hemdenbarchent, Flanell und Hemdentuch, sowie verschiedene Blusenstoffe
in guten Qualitäten neu eingetroffen. Ferner empfehle ich

Strohhüte

für Herren, in mod. Formen, Geflechten u. allen Preislagen.

Kinderstrohhüte

aparte Neuheit, weiß, schwarz und farbig,
Seifenkinder, Krawatten, Handschuhe, Socken, Hosenträger

Hans Wiegandt, Ed. Rau's Nachfl., Mücheln,
Auf dem Gerade 8. Fernruf Nr. 109. Auf dem Gerade 6.

Läuferschweine, futterfeste Ferkel und Hausschlämmer
sind wieder eingetroffen und stehen von heute ab zum Verkauf.
Paul Nachsel, Gr. Ritterstr 12

Der mit blauer Hose und Schaftstiefeln bekleidete, am 3. Juni, nachts, in Richtung nach Kötzschen gegangene Mann, der die gestohlenen Stoffe aufgehoben hat, ist erkannt und wird ersucht, mir die Sachen zurück zu geben.

Entsprechende Belohnung wird dem zugesichert, der mir die noch fehlenden, durch Einbruch gestohlenen Stoffe wieder beschafft.

Ernst Ruffes.
Fernruf 421.

10—12 kräftige
Maschinenformer
für Eisengießerei
sofort gesucht. Meldungen b. Pförtner.
Blancke-Werke,
Merseburg.

Feldhüter

wird für die Gemeinde Meuschau gesucht. Bewerber wollen sich beim Gemeindevorsteher daselbst melden.

Zum 1. Juli cr. ist die Stelle eines

Hilfsdieners

beim staatl. veter. bakteriol. Laboratorium hier zu besetzen.

Annahme und Bedingungen durch Regierungs- und Veterinärrat Franke hier.

Der Regierungs-Präsident.
In Vertretung: Unterschrift.

Klavierspieler—in
für täglich gesucht.
Zu melden von 5—7 Uhr.
Kammer-Lichtspiele.

Jüngere

Arbeitsmädchen

für sofort gesucht.
Reifschenfabrik Hallesche Str.

Beutel-Ueberinnen

werden gesucht.
C. Görling, G. m. b. H.

Frau oder Mädchen
für Fabrikarbeit gesucht.
C. Görling / G. m. b. H.

Tüchtige Plätterin
sofort gesucht.
Otto Zieske,
Färberei u. chem. Waschanstalt.
Wir suchen sofort eine saubere, ehrliche

/*/ Frau /*/

zum Austragen von Zeitschriften für 2 Tage pro Woche gegen hohen Lohn. Angebote erbittet Sächsisch-Thüring. Hausfrau, Halle a. S., Schwertstr. 17/18, I.

Gelernte, tüchtige

Verkäuferin

für mein Glas-, Porzellan- und Steingutwaren-Geschäft zum 1. Juli gesucht.
Otto Renner, Markt 18.

Gewandtes brauchbares

I. Fräulein

für den Verkauf elektr. Beleuchtungskörper u. Materialien sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsanspr. unter **L 6** an die Exped d. Bl.

Ordtl. Mädchen
sucht sofort Trebnitz 20.

Aell. zuverl. Mädchen
zum 1. 7. gesucht
Unter-Altenburg 6, 1 Tr.

Zum 1. Juli nach Leipzig besseres, ersahrenes

Mädchen

als einsache Stütze gesucht. Zu erfr. Gr. Ritterstr. 7 (Freigang).

Saub., 2. Mädchen,
welches auch Lust hat, Gäste zu bedienen, sofort gesucht.
Gasthof zum Raben, Schkopau.

Gesucht für sofort tüchtiges kräftiges

Küchen-Mädchen,

das Hausarbeit übernimmt und Kleinwäsche versteht. Evtl. auch Aufwartung. Zu melden früh von 9—11 Uhr
Domprobstei 2.

Ehrliches, anständiges, nicht zu junges

Dienstmädchen

zum 15. Juni gesucht
Aulendistrasse 20, part.

Eine Aufwartung
sofort gesucht.
Kurdt Gotthardstr. 13.

Saub. tücht. Aufwartung
gesucht. Frau Schmidt, Dammstraße 13.

Kräftige Aufwartung
für nachmittags gesucht
Obere Burgstraße 7, pt.

Aufwartung
für drei Vormittage wöchentlich gesucht Dammstraße 15, 1 Tr.

Saubere, nicht zu junge Aufwartung
für einige Vormittagsstunden sofort gesucht Teichstr. 9, 1 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 120 — Mittwoch, den 4. Juni 1919 — 45. Jahrg.

Merseburg und Umgegend.

3. Juni.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

Der Juni.

Wachsendes Weben, täglich neu,
Auf den Wiesen duftendes Heu,
Auf den Feldern wogende Saat,
In der Seele reifende Tat,
Sonniger Himmel, leuchtend und klar;
Stolz auf der Höhe prangt Sommer das Jahr.

Während wir, umblüht von der jungen Natur, noch mitten im Frühling stehen, umfängt uns doch schon Sommerstimmung, wenn uns der Kalender den Juni kündet. Der Sommer, die Zeit der Reife, naht und alles strebt mit dem jungen Jahr zum Höhepunkt des Lichts. Der 22. Juni ist dieser Höhepunkt, es ist der längste Tag des Jahres, der astronomische Beginn des Sommers. Mit dem Juni kehren für uns altjährlich die Tage der Rosen und des hellsten, strahlenden Lichtes wieder. Wenn auch noch immer die Zeitereignisse wenig dazu angetan sind, sich mit ungetrübter Freude dem vollen Genuß des Blühens und Werdens hinzugeben.

Wir haben in diesem Monat, dem Mitsommermonat, die längsten Tage des Jahres, deren Dauer im Laufe des Juni nur unbedeutende Änderungen erfährt, und in unseren geographischen Breiten nahe an 17 Stunden währt. Durch den Mitternachtsdämmerschimmer aber werden die kurzen lauen Nächte noch erhellt. Die Sonne erreicht mit dem Sonnwendtag ihre größtmögliche Höhe, auf der sie während des ganzen Juni fast verbleibt. Um den Höhepunkt des Jahres zum bedeutsamen Tage zu machen, gab es schon bei unseren Vorfahren Sonnwendfeiern und auch jetzt noch wird der Brauch am Johannistage mancherorts geübt.

Viel Regen im Juni ist dem Landmann nicht erwünscht. Aber auch allzu große Abkühlung darf nicht eintreten. Er meint in seinen alten Bauernregeln: „Bringt der Juni manchmal Regen, kommts dem Bauer sehr gelegen" oder: „Ist der Juni feucht und warm, wird der Bauer gewiß nicht arm". „Wenn naß und kalt der Juni war, so ist verdorben das ganze Jahr." Dieser Spruch beweist mit Recht, wie schädlich viel Regen im Juni den Fluren ist. „Im Juni große Regenflut, bringt den Bauer um Hab und Gut" sagt dasselbe. Winde im Juni werden für unschädlich erklärt, jedoch werden darüber, ob Gewitter im Juni für den Landmann von Vorteil oder Nachteil sind, verschiedene Meinungen laut. In Ostdeutschland behauptet der Bauer: „Im Juni häufig Blitz und Donner, die bringen einen schlechten Sommer". Dagegen heißt es in anderen Gegenden: „Gibt es im Juni viele Donnerwetter, wird das Getreide um so fetter".

Für den Meteorologen gehört die Junimitte zu den merkwürdigsten Zeiten des Jahres. Mit dem 10. des Monats tritt nämlich meist mit großer Regelmäßigkeit die sommerliche Regenzeit ein, die oft durch einen Kälterückfall eingeleitet wird. Nach Ansicht maßgebender Wetterforscher ist die Wahrscheinlichkeit größer als die des Kälterückfalls der Eisheiligen im Mai. In die Junitreptage fällt meist der 27., der Siebenschläfer. Da heißt es dann im Volksmunde, wenns am 27. Juni regnet, bleibt das Wetter sieben Wochen so. Meist bewahrheitet sich dies aber nicht. Ende Juni reifen bereits die ersten Früchte in Wald und Feld, mit dem Wiesenschnitt wird in der Regel begonnen und neben den Rosen kommen die Linden und Akazien zur Blüte. Das Getreide schießt in die Halme und leuchtender Mohn und blaue Cyanen durchsetzen die Felder und verschönen das satte Sommerkleid der zur Ernte und Reife drängenden Natur.

*

** **Die Frist zur Aufstellung des Vermögensverzeichnisses** kann nach einer Verordnung des Reichsfinanzministers abermals allgemein bis zum 30. Juni d. J. verlängert werden. Dieselbe Verordnung bringt einige Abänderungen der Vorschriften. Erstens sollen, wie wir schon mitteilten, Steuerpflichtige mit einem Vermögen von weniger als 10 000 *M* zur Aufstellung und späteren Einreichung eines Vermögensverzeichnisses nicht angehalten werden. Dann wird bei den Wertpapieren (einschließlich der Schuldbuchforderungen) auf die Einsetzung der Kurs- (Steuer-) Werte und Gesamtwerte, also auf die Ausfüllung der Spalten „Kurswert" und „Gesamtwert" unter III, 1 und 2 des Musters für die Vermögensverzeichnisse, verzichtet. Sind die Stücke der gleichen Wertpapiere verschieden groß, so genügt in der Spalte „Stückzahl" die Eintragung: „Diverse Stücke". In der Spalte „Nennwert" ist unter allen Umständen nicht der Nennwert der einzelnen Stücke, sondern der gesamte Nominalbetrag der betreffenden Wertpapiere anzugeben.

** **Rechtzeitige Lohnzahlung.** Von beachtenswerter Seite ist darauf hingewiesen worden, daß auch nach der durch die neue Regelung des Geschäftsverkehrs an Sonn- und Feiertagen eingetretenen Einschränkung der Verkaufszeit an diesen Tagen viele gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmungen trotzdem daran festhalten, die Lohnzahlung an ihre Arbeiter und Angestellten an den Sonnabenden vorzunehmen. Infolgedessen wird diesen Bevölkerungskreisen die rechtzeitige Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Gebrauchs wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Der Regierungspräsident bittet, darauf hinwirken zu wollen, daß die Lohnzahlungen in allen Betrieben, in denen Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden, spätestens am Freitag erfolgt.

** **Die Mitteilungen der Handelskammer zu Halle,** deren Herausgabe während des Krieges länger eingestellt war, erscheinen seit Anfang des Jahres regelmäßig monatlich. Das soeben erschienene Maiheft bringt u. a. eine Erklärung der Handelskammer zu den Friedensbedingungen von Deutschlands Gegnern, eine Erklärung der Handelskammer wegen der Erhaltung des Regierungsbezirks Merseburg bei Preußen, den Eisenbahnbericht der Gesamtsitzung vom 14. Mai 1919, Bestimmungen über den Postverkehr mit den von feindlichen Truppen besetzten deutschen Rheingebieten und eine Übersicht der Erlasse, Gesetze, Verordnungen usw. Die Mitteilungen der Handelskammer zu Halle werden auf Wunsch allen wahlberechtigten Firmen unentgeltlich verabfolgt.

*

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg 2. Juni 1919.

Vom Magistrat sind anwesend: Erster Bürgermeister Herzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadträte Barth und Blankenburg, Stadtbaurat Follinger und Assessor Schrader. Von den Stadtverordneten sind 34 erschienen.

Stadtv.-Vorsteher Kohl gibt das Ergebnis der Kreistagswahl bekannt und teilt mit, daß der Männer-Turnverein um Überlassung eines Platzes bei der alten Reitbahn gebeten hat. Der Magistrat sieht der Bitte freundlich gegenüber und ist den Antrag der Grundeigentumskommission überwiesen worden.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten:

Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder.

Zur Entgegennahme der Wahlvorschläge werden die Zuhörer und die Pressevertreter auf einige Minuten ausgeschlossen. Die Wahl findet hierauf für jeden zu wählenden Stadtrat einzeln statt. Gewählt werden an Stelle des Stadtältesten Barth Geschäftsführer Langer (U. S. P.) mit 14 Stimmen bei Abgabe von 20 weißen Zetteln, Stadtrat Dietrich (Dn.) wird wiedergewählt mit 21 Stimmen (13 weiße Zettel), für Stadtrat Blankenburg Stadtv. Elze (Dem.) mit 21 Stimmen (13 weiße Zettel), für Stadtrat Schmidt Stadtv.-Vorst. Kohl (Dem.) mit 22 Stimmen (12 weiße Zettel), für Stadtrat Reichmann Stadtv. Bauer (Soz.) mit 30 Stimmen, 1 Stimme erhielt Stadtv. Fiedler, 3 Zettel sind unbeschrieben, und für Stadtrat Dobkewitz Stadtv. Fiedler (U. S. P.) mit 14 Stimmen bei 19 weißen Zetteln, 1 Stimme erhielt Stadtv. Bauer. Die anwesenden neugewählten Stadträte nahmen die Wahl an.

In den

Steuerausschuß

wird an Stelle des infolge Alters ausgeschiedenen Rechnungsrates Rindfleisch sein bisheriger Stellvertreter, Herr Ellrich, und als dessen Stellvertreter Lehrer Will gewählt.

Der Rechnung der gewerblichen Fortbildungsschule

für 1916 und 1917 (Berichterstatter Stadtv. B. H. Mueller) wird Entlastung erteilt. Die Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 16 826,80 *M* im Jahre 1916 und 16 629,80 *M* im Jahre 1917.

Nach Berichterstattung durch Frau Stadtv. Koenen werden dem Fuhrwerksbesitzer Dietrich die

Gebühren für Armenbegräbnisse

erhöht.

Ebenso wird dem Hospitalaufseher Schröder das Gehalt von 700 *M* + 432 *M* Teuerungszulage auf 2400 *M* festgesetzt. Das Wohnungsgeld von 250 *M* bleibt bestehen. (Berichterstatter Stadtv. Weidling.) Auf eine Anfrage des stellv. Stadtv.-Vorst. Daniel, ob Schröder Rentenempfänger sei oder noch andere Einkünfte habe, gibt Stadtrat Barth Auskunft.

Erhöhung der Gebühren für die Krankenträger.

(Berichterstatter Stadtv. Hesselbarth.) Die Gebühren werden vorschlagsgemäß ab 1. Juni erhöht und erhalten die Krankenträger nunmehr für Einheimische, Fremde, sowie Arme bei Tage je Transport 5 *M*, für die gleichen Transporte bei Nacht je 7 *M*. Es wurde beschlossen, vom 1. Juni d. J. ab zu den bisherigen Sätzen der Gebührenordnung des städtischen Krankenhauses Absatz VI einen Teuerungszuschlag von je 1,50 *M* zu erheben.

Der Verpachtung der Grasnutzung

an der neuen Parkanlage der Eisenquelle (Berichterstatter Stadtv. Elschner) wird zugestimmt.

An den Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer,

Ortsgruppe Halle a. S. (Berichterstatter Stadtv. Tänzer) wird ein einmaliger Beitrag von 250 *M* gewährt. Der Berichterstatter, der Gegenheit hatte, eine angesehene Familie zu sprechen, bedauerte, daß es die städtischen Mittel nicht erlauben, mehr zu geben, hofft jedoch, daß die privaten Sammlungen alle Unterstützung finden.

Ferner wird zur

Jubiläumsfeier des Evangelischen Diakonie-Vereins

in Zehlendorf eine Spende von 500 *M* gutgeheißen. Der Berichterstatter Stadtv. Junker, führt noch aus, daß die Erträge dieser Spende zu einem gemeinnützigen Zweck verwendet werden sollen, und zwar soll ein Heim zur Altersfürsorge für nicht mehr dienstfähige Schwestern des Vereins geschaffen werden. Dieser gute Zweck rechtfertigt wohl an sich die Bewilligung. Andere Städte, in deren Krankenhäusern der Verein seine Schwestern arbeiten läßt, haben sich in gleicher Weise bestätigt.

Über die

Bewilligung von 50 *M* für den Verband der Ziegenzuchtvereine

des Kreises Merseburg aus Anlaß der am 15. Juni hier stattfindenden Ziegenschau, verbunden mit Lämmermarkt (Berichterstatter Stadtv. Selling), entspinnt eine längere Debatte. Stellv. Stadtv.-Vorst. Daniel spricht gegen die Bewilligung aus und erklärt, daß durch diese Prämiierungen doch der Zweck nicht erreicht wird. Erster Bürgermeister Herzog weist darauf hin, daß diese Ausstellungen doch nur zur Förderung der Kleintierzucht dienen und damit letzten Endes der Volksernährung zugute kommen. Stadtv. Tänzer spricht auch in diesem Sinne, während Stadtv. Schneider und stellv. Stadtv.-Vorst. Daniel betonen, daß jeder, dem es bei Verhältnisse gestatten, Kleintierzucht treibt und viele Züchter für das Allgemeinwohl kein Interesse haben. Die Ziegenmilch würde z. B. — falls überhaupt welche abgegeben wird — zu Wucherpreisen verkauft, und auch die Lämmer werden zu außerordentlichen Preisen veräußert. Es kommt sogar vor, daß Ziegenhalter auch noch die zugeteilte Milch abnehmen. Erster Bürgermeister Herzog weist nachmals darauf hin, daß es hier nicht auf den Betrag ankommt, sondern auf die grundsätzliche Stellungnahme des Magistrats zu derartigen Veranstaltungen. Es dürfte wohl keine Stadt geben, die solche Beiträge für gemeinnützige Ausstellungen ablehnte. Stadtv. Wolf äußert Bedenken gegen die Ausführungen der Herren Daniel und Schneider. Schäden und Mißstände sind vorhanden, im großen und ganzen übersieht doch die gute Sache. Das Interesse für die Kleintierzucht wird bei der Bevölkerung zweifellos gehoben. Die beantragten 50 *M* werden bewilligt.

Über die

Erhöhung der Verpflegungssätze im Krankenhaus

berichtet Stadtv. Tänzer. Seit 1. April 1917 wird bereits ein Zuschlag von 50 *M* erhoben. Ab 1. Juni soll der Zuschlag um weitere 50 *M* erhöht werden, so daß z. B. in Klasse 3 für erwachsene Personen der Verpflegungssatz 4 *M* beträgt. Die Versammlung stimmt dem Antrag zu.

Dem

Ankauf von Krankenpflegesachen

von dem aufgelösten Johanniterlazarett im Gesamtbetrage von 1486,50 Mark (Berichterstatter Stadtv. Koenen) wird ebenfalls zugestimmt.

Außerhalb der Tagesordnung wird ein Antrag des Magistrats eingebracht betr.:

Anschaffung eines Kontenschrankes für die städtische Sparkasse.

Der eiserne Kontenschrank der Sparkasse ist eingerichtet für die Unterbringung von 30 000 Sparkonten. Der heutige Bestand an Konten beträgt: Sparkonten 32 878, Kriegssparkonten 3600, zusammen 36 478, ausschließlich Scheckkonten. Ein Teil der Konten muß zur Zeit wegen Platzmangel im Schalterschrank (Holz) untergebracht werden, was auf die Dauer wegen Feuersgefahr ohne unzulässig ist. Es handelt sich um die Beschaffung eines Schrankes für 40 000 Konten. Der Preis beträgt ungefähr 3600 *M*. Da die Anschaffungskosten zu Lasten des Mobiliarkontos der Sparkasse gehen, von dem jährlich 10 Proz. abgeschrieben werden, verteilen sich im Endergebnis die Kosten der Anschaffung auf 10 Jahre. Die Bestellung wird genehmigt.

Stadtv. Junker bringt hierauf noch eine ausführliche Anfrage über

Belieferung mit amerikanischem Speck

ein. Es wird behauptet, daß der Speck hier minderwertig gewesen sei, dagegen in den Leuna-Werken vollwertigere Qualitäten zur Verteilung gelangt sind. Dadurch, daß von Merseburg zwei junge Herren zur Empfangnahme nach Halle geschickt und diese Herren als Fachmänner nicht angesprochen werden könnten, sind wir trotz des Einspruches mit minderwertigem Speck beliefert worden. Diese Lieferung kam dadurch zustande, daß der Erste Bürgermeister es angeblich abgelehnt habe, an der Übernahme und Überprüfung des Speckes Fleischer nicht zu beteiligen. Und schließlich ist der Preis in Merseburg wesentlich höher wie in Halle. Stadtv. Junker bemerkt noch, daß der Preis sich durch den Transport usw. erhöhen mußte, der Speck sei an sich nicht minderwertig, was es in Leuna gegeben, kann er natürlich nicht beurteilen.

Erster Bürgermeister Herzog teilt ausführlich mit, daß den Einkauf des Specks, oder richtiger des amerikanischen Schweinefleisches, der Kommunalverband (Landkreis), also nicht die Stadt erledigt hat. In Halle war das Fleisch für jeden Versorgungsbereich des Kreises bereits fertig abgewogen und zugeteilt, so daß den Herren, die die Sendung übernahmen (der Vorstand des Lebensmittelamts und ein Fleischer) kein Vorwurf gemacht werden kann. Diese Herren haben bei der Übernahme auch gesehen, daß für andere Bezirke, für die das Fleisch auch schon fertig abgeteilt war, ebensolche Ware bereitgestellt war. Der Preis ist von der Reichsfleischstelle festgesetzt worden und ist seit 19. Mai auf 7,20 *M* das Pfund erhöht. Trotz aller Bemühungen sind wir gezwungen, den Preis ebenfalls zu zahlen. Halle z. B. hat das Fleisch etwas billiger einkaufen können, da es dasselbe bereits vor dem 19. Mai übernehmen konnte. Nach weiteren über die Fleischverteilung, in der der Sprecher begründet, weshalb die Ausgabe auf die bekannte Weise erfolgen mußte, teilt

stellv. Stadtv.-Vorsteher Daniel mit, daß in den Leunawerken genau dasselbe Fleisch verteilt wurde, wie hier in der Stadt. Landrat Dr. Mosbach hatte Gelegenheit, sich davon zu überzeugen.

Stadtv. Fiedler fragt an, wie es mit der Schuhbesohlung von Rährmitteln stehe. Seit 14. Mai seien für den Regierungsbezirk Merseburg größere Quanten Rährmittel zur Versäugung gestellt, die an die Gemeinden zur Verteilung gelangen sollen.

Erster Bürgermeister Herzog erwidert, daß ihm hiervon nichts bekannt sei. Entsprechende Verhandlungen sollen sofort eingeleitet werden.

Stadtv. B. H. Mueller bemängelt, daß in mehreren Geschäften die ausgegebenen rationierten Waren oft ein Mindergewicht von 10—15 Gramm aufweisen.

Erster Bürgermeister Herzog bittet wiederholt, solche Beschwerden an das städtische Lebensmittelamt zu geben. Strengste Untersuchung wird dann eingeleitet.

Stadtv. Weidling bemerkt, daß es sich wohl nur um die im eingepackten Zustand verkaufte Butter bezw. Margarine handeln kann, die — sobald sie gerne Zeit steht — doch schon im Gewicht nachläßt. Die Kaufleute haben alle zu tun, um den Anforderungen gerecht zu werden, daß aber 10—15 Gramm am Gewicht fehlen, sei ausgeschlossen.

Stellv. Stadtv.-Vorst. Daniel berichtet, daß die Stimmung der Bevölkerung gerade im Buttergeschäft nicht die beste sei. Es könnten eventl. Formen eingeführt werden, damit die Butter den Verkäufern schon fix und fertig geliefert wird.

Erster Bürgermeister Herzog: Wir werden die Anregung, deren Einführung aber durch die bestehende Festsetzung der Buttermengen bisher nicht möglich war, nicht außer acht lassen.

Bürgermeister Dr. Mosebach erklärt schließlich noch, daß die Butterverkaufsstellen oft kontrolliert werden. Unzuverlässigkeit, abgesehen von einigen Kleinigkeiten, wurde noch nicht gemeldet.

Schluß der Sitzung 8 Uhr. — Hierauf geheime Sitzung.

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

59. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es gelang ihm heute auch nicht mehr, Liane noch einmal allein zu sprechen. Aber vorläufig war er nun zufrieden. Morgen früh würde er sie bestimmt wiedersehen und dann alles mit ihr besprechen können. Sie wußte nun, daß er sie liebte, und daß alle Hindernisse zwischen ihnen beseitigt würden. Und er wußte, daß sie ihn liebte. Nun mochte sie erst zur Ruhe kommen und die Erregungen sich erklären, die in ihr war. Bald würde er sie dann Brinkens als seine Braut vorstellen.

In glücklichster Stimmung verabschiedete er sich nach dem Frühstück.

„Wann kommen Sie wieder, lieber Graf?" fragte Herr von Brinken.

Graf Detlev überlegte. Er hatte heute viel zu tun und würde sich kaum noch einmal freimachen können.

„Morgen abend vielleicht, wenn Sie gestatten", sagte er endlich.

„Aha! Sie wollen wieder Musik hören? Na ja, das kann ich Ihnen nicht verdenken. Also kommen Sie nur. Unsere Nachtigall wird schon singen."

„Das hoffe ich allerdings, Herr von Brinken. Mein gnädiges Fräulein, Sie werden mir doch diese Hoffnung nicht zunichtenden machen?" fragte er Liane.

Sie sah ihn scheu und unruhig an.

Wenn ich kann, singe ich gern, Graf Rastenau."

Seine Augen leuchteten tief in die ihren.

„Ich werde Sie bitten, das Duett nochmals mit mir zu singen, das wir neulich vortrugen:

Still wie die Nacht, tief wie das Meer,
O Menschenherz, soll deine Liebe sein.

„Ich glaube, morgen abend werde ich es besser singen können als neulich."

Die Worte des Liedes sprach er mit ganz besonderer Betonung. Liane wandte sich erröthend mit einem leisen Neigen des Kopfes ab. Und Hanna von Brinken umkrampfte fest die Lehne ihres Sessels, als müsse sie einen Halt haben.

Zwei Paar Mädchenaugen sahen dem Grafen nach, als er davonritt.

*

Die Baronin Wochau hatte ihren Sohn nachdem sie sich am Sonntag von ihren Freunden vor dem Hotel verabschiedet hatten, auf sein Zimmer begleitet. Er sollte ein Stündchen ruhen, da er sich heute ziemlich viel zugemutet hatte. Baron Hans wollte zwar nichts mehr von Schonung hören, aber um seine Mutter zu beruhigen, legte er sich doch gehorsam auf das Ruhebett. Als ihn die Mutter vorglich eine Decke überlegte, küßte er ihr die Hand und sagte lächelnd:

„Du verwöhnst mich wie ein kleines Kind, Mama."

Sie strich ihm das Haar aus der Stirn.

„Und du bist doch schon ein Mann, mein lieber Hans. Aber für deine Mutter wirst du immer ein wenig Kind bleiben. Müttern gefällt es gar nicht sehr, wenn ihre Kinder flügge werden. Ein wenig möchten sie doch immer schützend ihre Hand ausbreiten über ihre Kinder. Und wenn dann mal wieder so ein großer Junge Pflege braucht, dann sieht die Mutter wieder das Kind in ihm, das ihr ganz gehört. Gönne mir diese Fürsorge, mein Hans. Ich weiß ja doch, daß ich nun bald noch mehr von dir abgeben muß. Mein Hans hat schon Heiratspläne."

Er umfaßte sie und sah sie mit leuchtenden Augen an.

„Ist es dir zu früh, Mama?"

Lächelnd schüttelte sie den Kopf.

„Nein, nein! Jung gefreit, hat nie gereut. Ein wenig mußt du ja doch noch warten, bis das Komtechen noch ausgereift ist."

„Aber sonst bist du einverstanden — ja?"

„Voll und ganz. Solche Naturen, wie Steffie Rastenau, werden die besten Frauen. Und die Verhältnisse sind durchaus passend. Auch sind mir ihre Eltern liebe, sympathische Menschen. Also meines Segens bist du sicher. Und dein Vater hat noch kurz vor seinem Tode zu mir gesagt: Wenn unser Hans mal nach Rastenau freien geht, dann erfüllt er mir einen Herzenswunsch, denn da wächst ein frisches, fernniges Burgfräulein heran, das mir gefällt."

Baron Hans küßte seiner Mutter die Hand.

„Wenn wir Steffie erst in Wochau haben, Mama, dann wird es auch für sich besser. Du hast dann ein liebes Töchterchen und brauchst dich nicht mehr mit einer bezahlten Gesellschafterin herumzuquälen. Fräulein Schlegel war ja sehr nett, aber ihre Nachfolgerin ist mir sehr unangenehm. Wie konntest du sie nur engagieren? Sie gefällt dir doch auch nicht."

Die Baronin seufzte.

„Nein, sie gefällt mir gar nicht. Erst machte sie einen ganz leidlichen Eindruck auf mich. Und dann hatte ich auch den Kopf so voll Sorge deinetwegen, da war ich nicht sehr wählerisch. Und es machte sich so leicht. Außerdem war sie die einzige ältere Dame, die auf mein Inserat antwortete. Und ich wollte doch eine Person in gesetzten Jahren haben. Schließlich kann sie ja auch nichts dafür, daß sie mir bei näherer Bekanntschaft mißfällt, und ich kann sie doch nun nicht ohne weiteres entlassen."

„Nein, das brauchst du in deiner Gutherzigkeit natürlich nicht fertig. Lieber quälst du dich mit ihr herum."

„Aber das geht doch wirklich nicht, Hans. Und jetzt lasse ich dich allein. Vielleicht schläfst du ein wenig."

Er lachte.

„Soll ich partout Fett ansetzen, liebste Mama? Du tust, als sei ich inkrant gewesen und müsse mich nun erholen. Und dabei hatte ich so faule Zeit. Dir zu Liebe will ich mich noch einige Tage verwöhnen lassen, aber dann ist es genug."

Die Baronin nickte lächelnd und ging hinaus.

Sie wollte nun noch einen Spaziergang machen mit Frau Doktor Bartels. Diese erwartete sie schon in der Vorhalle.

Schweigend gingen die beiden Damen eine Weile nebeneinander her. Frau Doktor Bartels überlegte, wie sie es anfangen sollte, dem „Skandal" ein Ende zu machen. Und da kam ihr die Baronin ahnungslos selbst zu Hilfe.

„Es ist mir aufgefallen, Frau Doktor, daß die junge Gesellschafterin Fräulein von Brinkens, Fräulein Reinold, in einer recht auffallenden, ich will nicht sagen, beleidigenden Weise Ihnen auswich. Hat dieses Benehmen irgend einen Grund? Die junge Dame erschien mir sonst recht wohlerzogen und taktvoll."

Frau Doktor Bartels holte tief Atem und ihre Augen funkelten gefährlich. Aber sie antwortete mit ihrer salbungsvollen Miene:

„Es hatte allerdings eine besondere Bewandtnis, Frau Baronin. Fräulein Reinold hat alle Veranlassung, eine Begegnung mit mir sehr unangenehm zu finden."

Mit fragenden Augen sah die Baronin zu ihr auf. Sie hatte dabei ein unangenehmes Gefühl.

„Wie soll ich das verstehen?"

„Das möchte ich Ihnen erklären, Frau Baronin. Ich bin schon mit mir zu Rate gegangen, wie ich Ihnen das alles vorbringen soll. Daß ich es tun muß, stand fest bei mir, sobald ich Fräulein Reinold in Ihrer Gesellschaft sah. Dem dürfen Sie um keinen Preis wieder ausgesetzt sein. Ich habe bemerkt, daß Sie mit der Familie von Brinken befreundet sind, und es muß Ihnen daher am Herzen liegen, die Herrschaften vor unreinen Elementen zu warnen, die sich, wahrscheinlich unter betrügerischen Angaben, in ihr Haus eingeschlichen haben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0005

Kammer-Lichtspiele.

Ab Dienstag bis Donnerstag!

Zwei Menschen!

Großes, neuestes, dramatisches Lebensbild in 5 Akten mit der hexenbannenden und reizenden Künstlerin Fern Andra!

Neu! Der Schmuck der Gräfin! Neu!
Detektivkomödie in 4 Akten.

Hierzu ein vorzügliches Beiprogramm! Anfang 7½ Uhr.

Zu verkaufen: eine neue Voile-Bluse und guterh. Mittärmantel
Sigtiberg 33, 1 Tr.

Sofort billig zu verkaufen: 1 fast neues Winterjacket, Gr. 44, 2 eleg., wollene, schw. Kleiderröcke, der eine 90 lang, der andere 98.
Karlstraße 15, 3 Tr.

Frack und Weste,
fast neu, zu verkaufen
Domstraße 5, pt.

Knabensachen (für 3—4jähr. Kn. pass.): 2 Waschanzüge, 1 Stoffanzug, Hut, Mantel und 1 Paar Schuhe, ferner 1 Paar Schuhe, Größe 38, zu verkaufen Neumarktstor 1, Hof Tr.

3 Meter blauer Cheviot
zu verkaufen. Preis 165 Mk. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

3 weiße Bäckerjacken
nachmittags von 4 bis 6 Uhr zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition d. Blattes.

2 Paar weiße Schuhe für 6- u. 8-j. Mädchen, fast neue Militärbluse und Kinderlaufstuhl
zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Herren-Schuhe
Größe 40 zu verkaufen
Kleine Sixtistraße 18, 2 Tr.

Neue Damenstiefel (p. Form 36 und 37) zu verkaufen und 1 Paar Halbschuhe 38 gegen ebensolche 39 zu tauschen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Dutzend noch gute Leinenkragen (Gr. 36) ist billig zu verkaufen. Dasselbst steht auch ein neuer Trickerstrechapparat zum Verkauf. Besichtigung zwischen 9 und 12 Uhr. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Reiz. duftig. Sommerhut
preiswert zu verkaufen
Weiße Mauer 14, 2 Tr. r.

1 Paar sehr guterhaltene Gardinen und Uebergardinen, guterh. Gartenschlauch u. filb. Damenuhr
preisw. z. verk. Gartenstr. 11, pt.

3 Polstersessel, 1 Mahagoni-Salon-Tischchen, 1 Kleiderhänge, 1 dreih. Bücherständer
zu verkaufen Hälterstraße 1.

4 Sofas, 12 Polsterstühle, verschiedene Schränke, Tische, 1 Nachtstuhl usw.
zu verkaufen.
Näheres Sessnerstraße 6.

Gebraucht. Küchenherd
in gutem Zustande, 105 × 70 cm, zu verkaufen
Windberg 3.

2 gut erhaltene, eiserne /·/ Stubenöfen /·/
zu verkaufen
Lauchstedter Straße 2.

Kleiner, gut erhaltener
Dauerbrand-Ofen
zu verkaufen Nikolaistr. 6.

Elektrische Plätte,
110 Volt, zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Reisekino und Schnellphotograph
zu verkaufen Annenstr. 17, pt.

Neues Fahrrad mit Friedensgummibereifg. sof. zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Herrenrad
mit Freilauf und Gummibereifung zu verkaufen. Zu erfragen Gasthaus Azendorf.

1 guterh. Drehrolle
zu verkaufen
Hallischer Hausfrauen-Bund E. V., Gr. Steinstr. 16, 1 Tr.
Näheres 9—12 u. 4—6 Uhr.

Korbtinderwagen und Kinderklappstuhl
zu verkaufen Brauhausstr. 17.

Fast neue Mandoline
billig zu verk. Amtshäuser 8

2 Ziegenböckchen
zu verkaufen Fährendorf 3.

---

3. Ziegenschau u. Lämmermarkt

des Verbandes der Ziegenzuchtvereine
//* des Kreises Merseburg */*/*

Sonntag, den 15. Juni 1919 von 12—3 Uhr im „Neuen Schützenhaus" zu Merseburg.

Eintritt f. Erwachsene 50 Pf., f. Kinder 25. Pf.

Eintritt und Standgeld ist bei dem herrschenden Mangel *** an Wechselgeld abgezählt bereit zu halten. ***

Der Markt kann **von allen Ziegenhaltern** — auch von Nichtmitgliedern — **des Kreises Merseburg** beschickt werden.

Zugelassen sind nur Tiere, die dem Zuchtziel entsprechen. — Hornlos von der Art des weißen Saanenschlages. —

Der Auftrieb der Tiere beginnt um 7 Uhr und muß um 8 Uhr beendet sein. Später angetriebene Tiere lassen Gefahr, bei der Prämiierung nicht mehr berücksichtigt werden zu können. An der Prämiierung, zu der von der Landwirtschaftskammer, dem Kreise und industriellen Betrieben, sowie von Vereinen Mittel zur Verfügung gestellt sind, nehmen alle Tiere — verkäufliche und unverkäufliche — teil.

Aussteller und Verkäufer haben ihre Tiere bis spätestens 10. Juni beim Vorsitzenden ihres Vereins — für Verein Merseburg, Stadt und Umgegend, beim Vereinsgeschäftsführer Herrn Mäder, Hallesche Straße 79 — mündlich anzumelden. Schriftliche Anmeldungen können auch an den Verbandsgeschäftsführer, Merseburg, Leipziger Straße 79 unter Angabe des Alters, Geschlechts; bei älteren weiblichen Tieren wie oft gelammt, gerichtet werden. Die Tiere müssen mit Halsband und Kette oder Strick tadellos sauber mit ordnungsmäßig verschnittenen Klauen zur Schau gebracht werden.

Jeder Aussteller des Merseburger Vereins hat dafür zu sorgen, daß für jedes ausgestellte Tier eine Person — es können dies auch Kinder sein — zur Stelle ist, die das Tier bei der Prämiierung vorführt.

Um den Besuchern der Ausstellung den Gesamteindruck der Schau nicht zu entziehen, ist es unbedingt notwendig, daß der Abtransport der Tiere erst erfolgt, wenn die Preisverteilung stattgefunden hat und nach Verkündung durch die Marktleitung, daß die Schau als geschlossen gilt. Bis dahin haben sämtliche Tiere an ihren Standorten zu verbleiben.

Für Futter hat jeder selbst zu sorgen.

Das Standgeld beträgt 50 Pfg. für Tiere von Vereinsmitgliedern und 1 Mk. für Nichtmitglieder.

In das Herdbuch eingetragene Tiere, sowie von Herdbuchtieren abstammende Ziegenlämmer und Jungböcke dürfen an außerhalb des Kreises Merseburg wohnende Kaufliebhaber nicht veräußert werden. Eine weitere Auswahl der in das Herdbuch aufnahmefähigen Tiere wird auch in diesem Jahre erfolgen.

Für alle übrigen Tiere bestehen Verkaufsbeschränkungen nicht; die Käufe und Verkäufe auf dem Markte vermittelt die Verkaufskommission, an welche eine Vermittlungsgebühr von 3 % zu zahlen ist.

Nähere Auskunft erteilen: Die Vereinsvorstände — für Merseburg-Stadt der Vereinsgeschäftsführer, der Verbandsgeschäftsführer, sowie auf dem Markte selbst die durch Schleifen erkennbaren Mitglieder der Marktleitung.

Der Verbandsvorstand.
Dr. Francke, W. Dörl, F. Stephan, M. Klingelstein.

Deutsch-evangl. Frauenbund.

General-Versammlung

Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, in Rülles Fremdenhof.

Vortrag

des Herrn **Dr. Prüfer** (Direktor der Hochschule für Frauen zu Leipzig und 1. Vorsitzender der deutschen Gesellschaft zur Förderung der häuslichen Erziehung):

Aufgaben, Grenzen und Grundsätze der häuslichen Erziehung.

Alle Gäste sind Eltern, Lehrer und Lehrerinnen herzlich willkommen. **Der Vorstand.**

Am Ausgang des Saales werden freiwillige Beiträge in Empfang genommen zur Deckung der Saalkosten.

Drahtgeflecht Stacheldraht
empfehlen
Gebr. Seibicke.

Kräftige Pflanzen
aller Sorten hat abzugeben
Winkel 4.

Täglich frischen
Spargel
— a Pfund Mk. 1.30 —
empfiehlt
Emil Wolff.

Wegen Auflösung des Geschäfts
bis 30. Juni
Ausverkauf
in Damen- und Kinder-Hüten
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Franz Lorenz, Inh. Curt Eberhardt, Merseburg a. S., Kl. Ritterstr. 1.

Ballspiel-Verein „Hohenzollern".
Mittwoch, den 4. Juni 1919, abends 8 Uhr
Monats-Versammlung
im neuen Vereinslokal „Casino".
Wir erwarten zahlreiches Erscheinen Der Vorstand.

---

5 fast flügge Gänse
zu verkaufen Prestzch Nr. 36.

---

3 flügge Gänse
zu verkaufen
Meuschau, Leipziger Str. 78.

Junge Kaninchen
zu verkaufen Steinstraße 13

Tel. 583. Tel. 583.

Pferde zum Schlachten sowie Notschlachten
kauft stets
Roß-Schlächterei M. Höhlus,
Merseburg, Kieser Keller 1.
Inhaber der Erlaubniskarte zum Ankauf von Schlachtpferden.

Braunschweiger Rohspargel, Postkolli 10 Pfd. 1. Sorte M. 12,—, 2. Sorte M. 10.—, Verpackung M. 1.50, ab hier liefert laufend in bester frischer Qualität gegen vorherige Einsendung des Betrages oder Nachnahme.
Friedrich Heine, Spargelversand, Braunschweig, Postscheckkonto Hannover 21515

Tabak- und Tomaten-Pflanzen
hat abzugeben
Schnieder, Zschernedel.

Gebe sofort
Comfrey-Stecklinge
(Futterpflanze für Schweine, Ziegen, Kaninchen etc.) zum Selbstkostenpreis ab
Unter-Altenburg 18.

Zöpfe
in allen Farben vorrätig.
Otto Stiebritz, Damen-Frisier-Salon, Gotthardtstr.

Zahlungserleichterung

Wolle — Seide

Blusen Röcke Mäntel Kostüme Kleider Hüte

Billige Preise! Gr. Auswahl!

Herm. Liehau
Leipzig, Roßplatz 8
Ecke Kurprinzstr.

Ia. Herrenstoffe,
reinwollene
Damenkleider
und
Kostümstoffe,
prima Hemdenuch, Schürzenstoffe, Futterstoffe, Doiles
preiswert abzugeben
Herbert Knorre, Gera-R., Dammstraße 8.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Frauenleiden
Kranken Frauen und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich in kurzer Zeit von meinem hartnäckigen Leiden (Weißfluß) geheilt wurde.
Frau L. Kamprath, Berlin, Elsasserstraße 54.

Tivoli-Theater Merseburg

Dienstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr,

Lieder-, Duette- und Balladen-Abend,

veranstaltet von
Frau Anna Schmidt-Schumann
unter Mitwirkung von
Kammersänger Alfred Kase-Leipzig und der Konzertsängerin Margarete Eiz Berlin.

Zum Vortrag gelangen Gesänge von Haydn, Mozart, Schubert, Schumann, Cornelius, Wagner, E. Wolff.

Preise der Plätze:
3,—, 2,— u. 1,— M. Vorverkauf bei Herrn Kim. Frahnert.

Cinophon-Theater

Gr. Ritterstr. 1. — — — Fernruf 215.

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Des Nächsten Weib!

Ergreifendes Drama in 4 Akten mit Lu Synd in der Hauptrolle.

Ihr Junge!

Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle Rosa Porten.

Außerdem das Beiprogramm.

„Funkenburg" (Otto Trautewein)

Dienstag, den 3. Juni, abends 7½ Uhr.

Nur einmaliges, urkomisches Gastspiel der bekrönnmierten

Original-Leipziger-Sänger,

Direktion Fochse Lange.

Vornehmste reisende Quartettsänger-Gesellschaft.
Inhaber verschiedener Regierungs-Kunstscheine ! !
Von der deutschen Presse allg. glänz. begutachtet ! ! ! !
U. a. Fein abgestimmter Quartettesang! Hervorragende bekannte Konzertsänger! Salonhumoristen mit eigenem Repertoir! Prima original-sächs. Komiker! Bunte Solosznen! Rezitatoren jeden Gebietes! Imitatoren! Tanzhumoristen! Duette!
Auftreten des beliebten Bravour-Tenors Otto Seidel und der bekannten sächsischen Original-Type Otto Neumann als „Junghliemchen der lustige Ehemann". Weitere 9 Schlager-Nummern der besten Leipziger-Sänger-Gesellschaften bieten das gediegenste, vielseitigste und bunteste Weltstadt-Programm in künstlerischster Vollendung! Einziges von „Programm der bekannten originellen Leipziger ! ! Ergreifende, tiefempfundene Lebensbilder ! ! Vom Tollen das Tollste in Original-Burlesken ! !
U. a. Die mit kolossalem Beifall aufgenommene Seemannstragödie: „Zweimal vermählt". Die einzigartige Burleske: „Ehemänner auf dem Mastenbalk" ! ! ! !
Vorverkauf der Einlaßkarten: Zigarrengeschäft Carl Brendel, Gotthardtstraße 2.: Sperrsitz 2,25 Mk., 1. Platz 1,75 Mk., 2. Platz 1,25 Mk. Abendkasse: 25 Pfg. Aufschlag.

Neues Schützenhaus.

Jeden Mittwoch, von ½4—6 Uhr,

groß. Gartenkonzerte

Mittwoch den 4. Juni, von ½4—6 Uhr,

1. Nachmittags-Konzert.

Eintritt 30 Pf. — — — Eintritt 30 Pf.

Bei ungünstiger und kalter Witterung findet das Konzert nicht statt.

Das Donnerstag-Konzert fällt aus wegen Austritt verschiedener Musiker aus der Landesjäger-Kapelle.

Achtung. Hundeverkauf.
Mehrere sehr gute, scharfe
Wach- und Begleithunde
größere und kleinere, darunter Bernhardiner, Dobermänner, Schäferhunde usw., welche dressiert sind, preiswert zu verkaufen
Franz Vogel, Radewell-Ammendorf.
Fernsprecher 58. Hauptstraße 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 M.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Schiffsanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 120 — Mittwoch, den 4. Juni 1919. — 45. Jahrg.

Ein letztes deutsches Wort zur Schuldfrage.

Gegenüber der hartnäckigen Einseitigkeit, mit der der französische Ministerpräsident in seinen jüngsten Noten die Frage der Schuld am Kriege als bereits zu unsern Ungunsten entschieden festzustellen sich bemüht hat, bemüht sich eine neue erschöpfende Darstellung, die soeben in Versailles fertiggestellt und überreicht worden ist, die Dinge noch einmal in das rechte Licht zu setzen. Verfasser dieser Denkschrift sind die zur Unterstützung des Grafen Rantzau kürzlich nach Versailles berufenen Herren, Professoren Delbrück und Max Weber, Heidelberg, ferner Graf Montgelas, sowie Herr Mendelssohn-Bartholdy. Sie haben sich ihre Aufgabe nicht leicht gemacht und stellen im ganzen den Versuch an, den voreingenommenen Gegner durch Sachlichkeit und eindringliche Darstellung des umfangreichen Materials noch mehr zu überreden als nur zu überzeugen. Mit Recht stellen sie an den Anfang die Forderung nach einer unparteiischen Untersuchung durch eine von beiden Seiten als unparteiisch anerkannte Untersuchungskommission, der sämtliche Archive zugänglich sein müßten. Die deutschen Sachverständigen scheuen sich auch nicht, von „völlig unhaltbaren Ansichten" der Gegenseite zu sprechen und geben dann in den folgenden Abschnitten ihrer Denkschrift noch einmal einen Überblick über die Ereignisse der Tage vom 26. Juli bis zum 4. August 1914. Interessant ist, daß man in einem Fall sogar telegraphisch Herrn v. Bethmann-Hollweg zum Zeugen aufruft und mit ihm den damaligen Staatssekretär v. Jagow. Ferner wird noch einmal ausdrücklich erklärt, daß der eigentliche Anlaß zum Kriege die russische allgemeine Mobilmachung war, über die der von Herrn Clemenceau angezogene Bericht der Kommission der Alliierten über die Schuldfrage mit merkwürdigem Stillschweigen hinweggeht.

Die neue deutsche Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß die Berliner Regierung, der zunächst der österreichischen Absicht einer Beendigung der großserbischen Agitation evtl. selbst durch einen Krieg zugestimmt hatte, nach Ausfage der Akten in den Tagen vom 26. zum 29. Juli 1914 einen Meinungswechsel durchgemacht, ob er die letzten Konsequenzen nicht daraus gezogen habe. Der sechste Abschnitt der Denkschrift ist polemisch gehalten und auf die Frage gestellt: Welche Regierungen politische und wirtschaftliche Interessen verfolgt hätten, die nur durch einen Krieg verwirklicht werden konnten? Die Antwort darauf lautet — Rußland und England, und zu ihnen gesellt sich Frankreich, das Elsaß-Lothringen wiederhaben wollte. Endlich wird noch erwähnt, daß mit der Niederwerfung des Zarismus der Krieg sinnlos geworden war. Aber für seine Fortsetzung würde die frühere deutsche Regierung nur dann verantwortlich zu machen sein, wenn der Beweis erbracht werden würde, daß die Gegner schon damals einen Frieden ohne Sieger und Besiegte beschlossen hätten. Dieser Beweis aber fehlt nach Ansicht der deutschen Sachverständigen. Und damit gelangen wir wieder an den Ausgangspunkt zurück und zu der Frage, ob sich unsere Feinde durch diese Ausführungen endlich eines Besseren belehren lassen werden.

Die deutsche Denkschrift und ihre Verfasser verfolgen einen hohen Zweck. Sie kämpfen einen schweren Kampf dagegen, daß dem deutschen Volke nach dem Willen seiner Feinde zu Unrecht eine schwere geschichtliche Schuld aufgebürdet werden soll.

Die Friedensverhandlungen.

Der Reichspräsident zu den deutschen Gegenvorschlägen.

Reichspräsident Ebert hat ein Mitglied der Schriftleitung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" empfangen und sich diesem gegenüber über die Denkschrift ausgesprochen, die die deutschen Gegenvorschläge enthält. Der Reichspräsident machte dem Blatt zufolge folgende Ausführungen:

„In der Denkschrift, welche unsere Regierung soeben den feindlichen Mächten auf ihre Friedensbedingungen überreicht hat, kann ich kaum etwas hinzufügen. Die Gedankengänge darin sind so einfach und klar, die Folgerungen so scharf und aufrichtig gezogen, daß sie einer vorurteilsfreien und gerechten Aufnahme gewiß sein sollten. Ob diese Voraussetzungen bei den Gegnern vorhanden ist, wird sich jetzt zeigen müssen. Sie haben durch ihre Friedensvorschläge zweifellos die Grenzen weit überschritten, die sie sich selbst bei Eingehung des Waffenstillstandes setzten; sie versuchen den [illegible] ensmerites und abschen- [illegible] Diese Tatsache ist in [illegible] rente, von allen, die sich [illegible] nnt und gebrandmarkt [illegible] liches Urteil fei- [illegible] vor der Entscheidung, [illegible] rikt wieder aufnehmen [illegible] t ihrer eigenen Völker [illegible] erhalten und gewonnen [illegible] t Einsicht und Voraus- [illegible] ynische Bekenntnis [illegible] der Entente zweifellos [illegible] rantwortung vor [illegible] leicht wiegen, während [illegible] ntzeit und Verjährung [illegible] Glanz häufen würde, [illegible] Ideen in der Geschichte [illegible] e jetzt zu fällen hat und [illegible] der Reichspräsident: [illegible] t und den Glauben an [illegible] r uns selbst verlieren, [illegible] n dieser Hinsicht gegen- [illegible] Gebslicht, die sich in den [illegible] er und moralisch und [illegible] lä und dem Rhein- [illegible] ohne Unterschied der [illegible] giedenen Bekenntnisse [illegible] zum Deutschtum; es [illegible] das kulturelle Selbst- [illegible] t Jahrhunderten ver- [illegible] t Altvordern Selbst- [illegible] Meinung vertreten," [illegible] erhaltung bei von der Entente [illegible] das jetzige Ministerkabinett zurücktreten.

Neueste Nachrichten.

Vor der Entscheidung.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die deutsche Delegation weiß noch nicht, wann die deutsche Denkschrift beantwortet wird, doch glauben einige Delegierte, daß die Antwort Ende dieser Woche vorliegt. Es sei dies jedoch nur eine Vermutung.

Zugeständnisse der Entente?

Haag, 3. Juni. (Priv.-Tel.) „Chikago Tribun" läßt sich aus Paris melden, daß der Viererrat geneigt sei, Deutschland Zugeständnisse zu machen. Wilson sei für größere, Clemenceau für kleinere Abänderungen. Italien wünscht baldigst mit Deutschland und den Nachbarländern Handelsbeziehungen wieder aufzunehmen. In England scheinen die radikalen Kreise an Einfluß zu gewinnen, so daß man auch dort für Milderung der Bedingungen geneigt sei.

Köln, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg." meldet ebenfalls, daß der Rat der Vier zu Abänderungen des Friedensentwurfes bereit sei, um dadurch den deutschen Wünschen entgegenzukommen. Clemenceau habe Bedenken zur Zulassung Deutschlands als Mitglied des Völkerbundes geltend gemacht.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Der Viererrat wird sich heute nachmittag mit den deutschen Gegenvorschlägen befassen und über die Antwort beraten.

Die Uebergabe des Friedensentwurfs an Oesterreich.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Bei der Überreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation hielt Clemenceau eine kurze Ansprache. Staatskanzler Renner erwiderte auf französisch: „Die Habsburger Dynastie existiert seit dem 12. November 1918 nicht mehr". Renner hob hervor, daß die Republik Österreich an dem Unglück keine Schuld habe, wolle aber, wie auch die übrigen beteiligten Staaten seinen Teil an der Verantwortung tragen. Renner gab in seinen weiteren Ausführungen der Hoffnung Ausdruck, daß die alliierten Bevollmächtigten ihr Schiedsrichteramt im Interesse der ganzen Welt gut verwalten und einen Frieden geben mögen, der das Leben und den dauernden Frieden sichert.

Österreich soll zur Prüfung der Friedensbedingungen 15 Tage zugebilligt sein.

Staatskanzler Renner fährt heute mit den Friedensbedingungen nach Wien.

Bedeutsame Besetzung hoher Aemter.

Berlin, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Wie die „Germania" aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist Geheimrat Brugger aus dem Kultusministerium zum Regierungspräsidenten in Koblenz und Ober-Regierungsrat Fuchs zum Regierungspräsidenten in Trier ernannt. Beide sind katholisch und gehören dem Zentrum an. Es ist in Erwägung gezogen, den bekannten Zentrumsführer Trimborn zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.

Eine neue Tat der Streiter für Freiheit und Recht.

Berlin, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Wie der Präsident der Preuß. Landesversammlung mitteilte, wurde der Führer der Mainzer Sozialdemokratie, der Abg. Adelung in Mainz wegen Aufreizung zum Streik von den französischen Behörden verhaftet.

400 000 Streikende in Frankreich.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Auch die Pariser Brauerei- und Flugzeugarbeiter haben sich dem Streik der Metallarbeiter angeschlossen, so daß sich 350 000 Arbeiter im Ausstand befinden.

Versailles, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Zahl der streikenden Bergarbeiter im Departement Pas de Calais ist weiter gestiegen und beträgt heute 48 550.

Der Siegeszug der Demokratie.

Amsterdam, 3. Juni. (Priv.-Telegr.) „Times" meldet aus Madrid, daß die spanischen Wahlen mit einem großen Sieg der Republikaner geendet haben.

Ungarischer Kriegsbericht.

Budapest, 3. Juni. (Priv.-Tel.) Ung. Korresp.-Büro meldet: Unsere Budapester Truppen sind nach vorheriger artilleristischer Vorbereitung über die Theiß vorgedrungen und haben die Rumänen geschlagen. Durch diesen Vorstoß ist die Verbindung der Rumänen und Tschechen unterbunden.

Fortsetzung des Meinungsaustausches.

Noch ehe der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge bekannt sein konnte, war der größte Teil der Pariser Presse der Meinung, daß die deutsche Denkschrift in Bausch und Bogen abgelehnt würde und die Deutschen durch ein „Ultimatum" zur Unterzeichnung gezwungen würden. Anderer Auffassung ist man in London. Man darf mit einem weiteren Meinungsaustausch rechnen. Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" berichtet aus hohen britischen Kreisen in Paris, Deutschland werde den Frieden Ende des Monats unterzeichnen. Zunächst würden 10 bis 14 Tage mit dem Meinungsaustausch über gewisse deutsche Gegenvorschläge verstreichen. Erst wenn Deutschland dann noch versuchen würde, die Verhandlungen weiter zu verschleppen, wird es ein Ultimatum bis Ende des Monats erhalten. Herve fordert in der „Victoire" nochmals die Annahme des deutschen Saarvorschlages, Vereinigung mit Deutsch-Österreich und Rückgabe der Kolonien.

Die „Chicago Tribune" berichtet, die Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain, Bonar Law, Fisher und Montague, die in Paris eingetroffen sind, hielten mit Lloyd George eine Beratung ab. Sie unterrichteten ihn davon, daß sowohl die Liberalen wie die Arbeiterpartei Englands die Deutschland auferlegten finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen für zu hart und unausführbar halten. Die Kabinettsmitglieder sprechen sich insbesondere für eine Fixierung der Deutschland vorzuschreibenden Schadenersatzsumme aus.

Die Engländer halten Lebensmittelschiffe zurück.

Nach einer Meldung des „Manchester Guardian" sind in den letzten Tagen aus englischen Häfen nach dem Festlande auslaufende Lebensmittelschiffe für die Mittelmächte zurückgehalten worden, um zunächst die Annahme des Friedensvertrages durch Deutschland abzuwarten.

Schließung der Universitäten usw. verlangt.

Berlin, 2. Juni. Eine allgemeine Versammlung der Professoren und Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin beschloß, zu erklären, sie erwarte, daß die Reichsregierung zur Schließung der gesamten deutschen Universitäten und Hochschulen schreiten werde, ehe die Ehre, Kultur und Existenz des deutschen Volkes preisgegeben werde. Man sei festen Willens, alsdann mit der Waffe für das Vaterland einzutreten.

Die Antwort der Alliierten.

Paris, 3. Juni. (Havas.) „Echo de Paris" versichert, daß die Antwort im Namen der Alliierten dem Grafen Brockdorff durch Clemenceau am Freitag überreicht werden wird. Sie wird, wie man sagt, eine begründete Zurückweisung enthalten, nach welcher Deutschland die Bedingungen der Entente vor dem 15. Juni anzunehmen hat.

Übergabe des Friedensentwurfes an die österreichischen Delegierten.

Reuter meldet aus Paris: Den österreichischen Bevollmächtigten in Saint-Germain wurden die Friedensbedingungen der alliierten und und durch andere, zur Unterschrift bereite Männer ersetzt werden würde, so daß dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Übereinstimmung von Nationalversammlung und Staatenausschuß; die Nationalversammlung hat sich mit so erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen, der Staatenausschuß stellte sich einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinett das nach der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte. Ein anderes Kabinett wäre nur möglich, wenn die demokratischen Errungenschaften der Revolution, aus denen die Nationalversammlung hervorging, beseitigt würden. Diesem Verlangen der Terroristen von links und rechts wird sich aber die große Masse unseres Volkes entgegenstellen; unser Volk wird entschlossen an der Demokratie und an seiner Selbstbestimmung festhalten."

Die Umtriebe im Rheinland.

Die „Ausrufung" der rheinischen Republik.

Der Aufruf, der in Mainz und Wiesbaden am Sonntag angeschlagen worden ist und die Ausrufung der rheinischen Republik verkündet, ist schon dadurch gekennzeichnet, daß seine Urheber mit ihren Namen nicht werbeträchtig hervortreten wagen. Ein letzter Rest von Schamgefühl scheint diese trüben Gestalten an der Vollendung der eigenen Bloßstellung gehindert zu haben. Aber ihre im übrigen höchst eigensüchtigen Motive läßt der Aufruf keinen Zweifel. Er gipfelt in dem Satze, daß der Friedensschluß eine „furchtbare Belastung des deutschen Volkes" bringen werde. Die sauberen Drahtzieher der rheinischen Republik möchten sich und die von ihnen errafften Kriegsgewinne natürlich vor einem Anteil an dieser Belastung in Sicherheit bringen.

Der bessere Teil der rheinischen Bevölkerung — und dies ist der weitaus überwiegende Teil — wendet sich von diesem hochverräterischen Treiben entschieden ab. So hat am Sonntag die Bevölkerung von Köln in machtvollen Kundgebungen im „Reichshallen-Theater" ihrer Entrüstung über die Loslösungsbestrebungen vom Reiche Ausdruck verliehen. Mit Empörung wurden alle Versuche, die das Rheinland von Preußen oder gar vom Reiche trennen sollten, als Landesverrat zurückgewiesen.

Marschall Foch ist natürlich über die ganze Abfallsbewegung hocherfreut. Er hat auf die Beschwerde der deutschen Waffenstillstandskommission über die vertragswidrigen politischen Eingriffe der französischen militärischen Behörden in der Pfalz folgende Antwort erteilt: Während der ganzen Dauer des Kriegszustandes hätten allein die militärischen Behörden die Befugnis, zu beurteilen, ob die Treibereien der deutschen Zivilbehörden gegen die Interessen der Besatzungstruppen sind oder nicht. Infolgedessen kann der Einspruch der deutschen Waffenstillstandskommission nicht entgegengenommen werden.

assoziierten Mächte mit Ausnahme der militärischen, der Wiedergutmachungs-, der finanziellen und gewisser Grenzklauseln überreicht. Die erwähnten Klauseln, die noch nicht zur Überreichung bereit sind, werden sobald wie möglich ausgehändigt. Die Österreicher werden inzwischen Gelegenheit haben, mit ihrer Arbeit an dem größten Teil des Vertrages anzufangen. Der österreichische Vertrag folgt genau den Umrissen des deutschen und ist an vielen Stellen bis auf die Änderung des Namens mit dem deutschen identisch. „Österreich" — der Ausdruck Deutsch-Österreich wird vermieden — wird durch den Vertrag ein Staat von etwa sechs Millionen Einwohnern, die ein Gebiet von 50 000—60 000 Quadratmeilen bevölkern. Es erkennt die vollständige Unabhängigkeit Ungarns, der Tschecho-Slowakei und des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates an, und tritt andere Gebiete, die früher mit ihm zusammen das österreichisch-ungarische Kaiserreich bildeten, ab. Österreich stimmt dem Völkerbundvertrag zu und erklärt sich bereit, die Arbeiterchartа anzuerkennen, auf alle seine außereuropäischen Rechte zu verzichten, seine gesamten maritimen und Luftstreitkräfte abzurüsten, den alliierten und assoziierten Mächten das Recht zur gerichtlichen Verfolgung derjenigen seiner Untertanen zuzugestehen, die sich einer Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig gemacht haben, und die detaillierten Bestimmungen über die Beziehungen und die Freiheit des Transitverkehrs ähnlich denen im deutschen Vertrage anzunehmen. Der erste Abschnitt des von Reuter gemeldeten Auszuges enthält den Völkerbundvertrag, der 12. den Arbeitervertrag. Beide sind mit den betreffenden Abschnitten im deutschen Vertrag identisch. Dasselbe gilt von Abschnitt 6, der von den Kriegsgefangenen und den Gräbern, und von Abschnitt 10, der von der Luftschiffahrt handelt. Desgleichen ist Abschnitt 13 des deutschen Vertrages, der die Grundlinien für die Durchführung enthält, in den österreichischen Vertrag eingeschlossen. Abschnitt 2 behandelt die Grenzen. Die Nordgrenze mit der Tschecho-Slowakei folgt den alten administrativen Grenzen, die die Provinzen Böhmen und Mähren von Ober- und Unterösterreich trennten, mit einigen kleinen Abweichungen, vor allem in der Gegend von Gmünd, Feldberg und längs des Moravaflusses. Die Südgrenze mit Italien und dem serbisch-kroatisch-slowenischen Staate soll später von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten festgesetzt werden. Im Osten geht die Grenzlinie nordöstlich Bleiburg und überschreitet die Drau knapp oberhalb von Lavanz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190604-13/fragment/page=0007